

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117.

Freitag, den 21. Mai 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Reichstag hat geantwortet.

Um die augenblickliche Lage in Deutschland zu verstehen, müssen wir sieben Jahre zurücksehen. Seit die nationalliberal-konservative Reaktion im Reichstag nicht mehr die Majorität hat, arbeitet sie planmäßig daran, das Ansehen des Reichstages zu untergraben und das allgemeine Wahlrecht, auf welchem der Reichstag ruht und aus welchem er seine Stärke schöpft, zu zerstören. Seit das Fiasko des Sozialistengesetzes auch dem blühenden Junter klar geworden ist, haben wir in Deutschland diesen Feldzug gegen den Reichstag und das allgemeine Wahlrecht. Hier ist der Feind für unsere Reaktion. Das muß man stets festhalten, um in dem politischen Chaos, welches der Rückwärtsmarsch künstlich, wenn auch nicht freiwillig, geschaffen hat, die Himmelsrichtung nicht zu verlieren.

Aus dem Wirrsal der Mänke und Bestrebungen, die von gewissen einflussreichen Personen und sogenannten Nebenregierungen ausgehen und zum Theil im Leckert-Ligow-Prozess vom Licht der Öffentlichkeit beleuchtet worden sind, springen jene zwei Ziele hell hervor. Eigentlich ist es nur ein Ziel: die Vernichtung der Volkssouveränität, welche im allgemeinen Wahlrecht ihren Ausdruck und im Reichstage ihre Verfeinerung hat.

Diesem Ziel gilt der neueste Vorstoß der Reaktion: das Attentat gegen das Vereinsrecht, die Einschränkung eines neuen Umsturzgesetzes unter der Flagge eines dem Reichstage von der Regierung gemachten Versprechens und angeblich als Erfüllung dieses Versprechens.

Also der Form nach eigentlich für den Reichstag, in Wirklichkeit gegen den Reichstag — ein Doppelspiel, wie es heutzutage Mode.

Und der preussische Landtag ist das Sprungbrett, ist die Operationsbasis der preussischen Regierung, die mit der deutschen Regierung einerlei ist.

Die Landtag — die Reichstag.
Das Dreiklassen-Wahlgesetz ist der Hebel, mit dem das allgemeine Wahlrecht aus den Angeln gehoben werden soll.

Das ist Konflikt! Ein Konflikt zwischen der deutschen Volksvertretung und der preussischen Thaler-männervertretung. Ein Konflikt zwischen Preußen und Reich.

Aber das ist nicht der einzige Konflikt. Wir haben — und zwar in erster Linie — auch den Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung.

Obgleich seitens der Regierung jede derartige Absicht geleugnet wird, so ist thatsächlich doch die Regierung unter dem Einfluß von Kräften, die auf einen Staatsstreich hinarbeiten und den Reichstag samt allgemeinem Stimmrecht mit Gewalt zu beseitigen trachten. Die amtlichen Träger der Regierung sind offenbar bemüht, ein Außerordentliches zu verhindern, allein die Regierungsmacht ist bei uns nicht bei denselben Personen, wie der Regierungstitel. Wir haben nicht bloß mit bekannten und offenen, sondern auch mit unbekanntem und geheimen Kräften zu thun, die sich der Berechnung und Kontrolle entziehen.

Das Ungeheuer, das Widernatürliche, das geradezu Sinnlose der Lage tritt in dem, trotz seines tieftraurigen Ernstes höchst komischen Umstand zu Tage, daß der deutsche Reichskanzler, der Vertreter des Deutschen Reichs im preussischen Ministerrath überstimmt worden ist und als Ministerpräsident Preußens den Sturm auf den deutschen Reichstag und das Deutsche Reich anführen muß und mit seinem Namen zu decken hat.

Wie weit wird die Deckung gehen? Der Herr Reichskanzler hat zwar im Landtag das neue Umsturzgesetz noch vertheidigt und es sogar als die Frucht der Liebe zum freien Vereinsrecht hingestellt, im Reichstag aber glänzte er durch Abwesenheit; und das Gericht, welches in absentia und in contumacia über ihn ergangen ist, hat die Stellung des Titular-Reichskanzlers sicherlich nicht befestigt. Es wäre sehr möglich, daß Fürst Hohenhausen von dem Steine zerschmettert wird, den er den preussischen Junkern und Polizeibureaukraten dienstfertig für ihren lauberen Bau heranschieben half.

Eine große Debatte hat der Dienstag nicht gebracht. Und doch war es ein „großer Tag“. Nicht nach den Neben gerurtheilt. Was ließ sich zur Frage des Vereins-

gesetzes noch Neues sagen? Nicht das Was war bedeutend, sondern das Wie. Nicht die Neben — die Temperatur der Neben, die Temperatur des Hauses. Es war Kampfstimmung im Hause. Und nicht eine bloß flüchtige Augenblicksstimmung. Sie hat viel Zeit gebraucht, um sich zu entwickeln. Es weht Konfliktluft.

Lange hat der Reichstag sich gegen die Erkenntnis des Konflikts gestäubt, lange hat er den Kopf in den Sand gesteckt und sich in idyllischen Wohnvorstellungen gewiegt — jetzt ist ihm der Konflikt zum Bewußtsein gekommen. Und der Reichstag ist nicht erschrocken. Er hat Worte des Protestes gefunden, Worte des Hohnes, Worte des Kampfes.

Die Probe der That wird ihm nicht erspart werden.

Der Reichstag hat auf die Herausforderung geantwortet. Er hat den Handschuh aufgenommen. Die Reichsregierung hat eine zerschmetternde Niederlage erlitten. Den Hinternmännern der Reaktion ist der Handschuh, den sie dem Reichstag hinwarfen, um die Ohren geschlagen worden.

Hinter der Reichsregierung steht das Junkertum.
Hinter dem Reichstag steht das deutsche Volk.
Was nun?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Wenn sich der im parlamentarischen Leben seltene Fall ereignet, daß an demselben Tage über dasselbe Thema in zwei verschiedenen Parlamenten gesprochen wird, so muß man sich von vorn herein darauf gefaßt machen, daß sich das Interesse mehr den Verhandlungen desjenigen Hauses zuwendet, von dem man eine wirklich erschöpfende und dem Ernst der Lage entsprechende Erörterung erwartet. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß der Andrang zu den Zuschauertribünen des preussischen Abgeordnetenhauses am Dienstag, wenn auch im Vergleich zu sonst noch immerhin bedeutend, doch nur gering war. Auch die Bänke des Hauses wiesen bei allen Parteien bedenkliche Lücken auf. In demselben Maße wie die Zahl hatte auch die Aufmerksamkeit der Abgeordneten abgenommen; die ersten Redner, die Abgg. Stöcker (b. l. P.) und Dr. Klasing (l.) erfreuten sich einer andächtigen Zuhörerschaft. Was sie ausführten, bezog sich nur zum geringen Theil auf das Vereinsgesetz, in der Hauptsache handelte es sich um eine Abrechnung der Konservativen mit ihrem „wild“ gewordenen Mitgliede, bei der deutlich die tiefe Kluft in ihren Anschauungen über die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Ausdruck kam. Die Konservativen sind ebenso wie der Abgeordnete Stöcker geschworene Gegner der Sozialdemokratie, aber während jene aus der Geschichte nichts gelernt haben und noch heute auf dem Standpunkt stehen, daß man die Bewegung der Geister mit Polizeimaßregeln bekämpfen kann, hat sich Stöcker allmählich zu der Anschauung durchgerungen, daß ein Kampf auf geistigem Gebiete mit geistigen Waffen geführt werden müsse. Und noch in einer anderen Beziehung unterscheidet sich Stöcker von den Konservativen, in dem weiter ausschauenden Blick und in der rückblicklosen Kritik der verworrenen Zustände innerhalb der Regierung. Die Konservativen üben ja auch ab und zu Kritik, aber bei ihnen äußert sich ihr kritischer Sinn gewöhnlich im Wüthen und Toben gegen einzelne ihnen persönlich unangenehme Minister, die nach ihrer Meinung die Schuld daran tragen, daß der Staat den armen Nothleidenden nicht genug zukommen läßt. Stöcker hingegen nimmt, namentlich jetzt, wo er für seine Person nichts mehr zu fürchten hat, kein Blatt vor den Mund, umsonst, als er sich nach den Vorgängen der letzten Jahre der Befürchtung nicht erwehren zu können glaubt, daß die neue Vorlage, wenn sie Gesetzeskraft erlangt, auch gegen ihn und die ihm nahestehenden christlich-sozialen Gruppen angewandt werden könnte. Geschicht sprach er mit einem nicht mißzuverstehenden Seitenhieb die Vermuthung aus, daß sich die Regierung in den Dienst des Großkapitals eines einzigen gestellt habe, und ebenso geschickte wußte er die Klippe des Ordnungsrufes zu umgehen, als er auf das bekannte Kaiser-Telegramm gegen die christlich-sozialen Pastoren und die Maßregeln, epanangelischer Geistlicher wegen ihres politischen Auftretens zu sprechen kam. Recht bezeichnend war auch die Äußerung, im Volke herrsche die Auffassung, daß

man nach oben scharf und nach unten flum m machen wolle. Wer kann es den Konservativen verdenken, daß sie durch diese Worte ihres einstmaligen Lieblings in große Aufregung versetzt wurden und zum Schluß ihrem Verger in lang anhaltendem Rischen Lust machten? Rischen auf der Rechten und lebhafter Beifall im Centrum und links — hätte sich Stöcker jemals träumen lassen, daß diese Worte hinter einer seiner Parlamentsreden zu lesen sein würden? Daß im Uebrigen der fromme Herr auch in dieser Rede, wie schon früher, die Wahrheit als die einzige Waffe pries, diese kleine Schwäche wollen wir ihm mit Rücksicht auf seine heutige bessere Leistung nicht weiter anrechnen. Schon Vesting sagt ja, daß die Menschen am liebsten von den Tugenden reden, die sie nicht besitzen.

Die Rede des Abg. Klasing bewies, daß die Konservativen lange nicht mehr so siegesbewußt sind wie Montag. Hatte noch Montag Herr v. Heydebrand erklärt, daß seine Partei nichts abhandeln lasse, so zeigte sich Dienstag Herr Klasing sehr zum Nachgeben bereit. Ob er damit bei den Nationalliberalen Glück hat, wird die Zukunft lehren; vorläufig vertrat der nationalliberale Redner Dr. Dswalt noch denselben Standpunkt wie sein Fraktionskollege Dr. Krause, aber wer kann den Nationalliberalen trauen.

Gegen die Vorlage traten noch die Abgg. Mottly (Pole), Kirsch (B.) und in sehr sachlicher, in Folge der im Hause herrschenden Unruhe leider nur theilweise auf der Tribüne verständlichen Rede Abg. Träger (rs. Sp.) auf; der einzige, der noch für die Vorlage sprach, Abg. Blöy, sprach recht wenig sachlich. Seine Rede lief in der Hauptsache auf eine Denunziation des Bauernvereins „Nordost“ hinaus, der für Agitationszwecke weit mehr Geld ausgabe, als er durch seine Mitgliedsbeiträge aufbringe und infolge dessen unzweifelhaft mit anderen politischen Vereinen in Verbindung stehen und von diesen Gelder beziehen müsse (!). Auch eine Illustration zu dem Kapitel, was die Agrarier unter Kampf mit geistigen Waffen verstehen!

Die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Wird sie hier ein ehrenvolles Begräbniß finden oder wird sie nochmals in veränderter Gestalt das Licht der Welt erblicken? Das endgiltige Schicksal hängt schließlich von den Nationalliberalen ab, die nicht nur bei der zweiten Lesung fest bleiben müssen, sondern die auch, falls die Vorlage noch ans Herrenhaus kommen und von diesem abgerundet werden sollte, bei einer nochmaligen Verathung im Abgeordnetenhaus Mann für Mann auf ihrem jetzigen Standpunkt verharren müssen.

Aus dem Reichstage. Die Montag-Sitzung theilte das Schicksal einer Reihe ihrer Vorgängerinnen; sie mußte nach nur fünfviertelstündiger Dauer wegen Beschlunfähigkeit abgebrochen werden; mit Heranholung aller Reservisten waren nur 141 Abgeordnete zur Stelle zu schaffen. Die Nationalliberalen und das Centrum drangen mit ihrem Antrage, die Vorlage über den Servistarif, der zur zweiten Lesung stand, nochmals in die Kommission zurückzuweisen, nicht durch; die Linke wie die Rechte stimmten dagegen, nachdem Genosse Singer es als besser bezeichnet hatte, zunächst lieber alles beim Alten zu lassen, als durch die Regelung der Klasseneintheilung der Orte und des Wohnungsgeldzuschusses, die von den Parteien der Mitte erstrebt wird, einen großen Theil der Beamten zu benachtheiligen. Herr Hamacher aber bestand auf seinem Schein und bereitete durch seine Anwesenheit der Beschlunfähigkeit der Sitzung ein jähes Ende. Die Blicke waren freilich ohnehin mehr nach dem Abgeordnetenhaus gerichtet, wo das neue preussische Gesetz zur Erdrückung des Vereins- und Versammlungsrechtes auf der Tagesordnung stand. Gestern war für die deutsche Volksvertretung ein hoher Tag. Die Reaktion hat ihre Flammenzeichen enthüllt, freilich nur vor den vom allgemeinen Wahlrecht Ausgemusterten im preussischen Abgeordnetenhaus. Da war es an der Zeit, daß sich das Parlament auf seine Aufgabe besann und wichtigen Protest gegen die Verkümmern der bürgerlichen Freiheiten einlegte. Das ist geschehen, in kräftigster Weise geschehen. Am Regierungstische thronte ein Herr von Böttich e. r. Der Reichskanzler hatte es vorgezogen, eine Staatsministerial Sitzung einzuberufen und aus diesem Umstände wenigstens einen äußerlichen Grund für sein Nichterscheinen herzuweisen. So hatte der aalglatte Staatssekretär des Innern die Sache der Regierung allein zu

führen. Trotz seiner Gewandtheit schnitt er so schlecht ab, wie ein Mann nur abschneiden kann, der zwischen zwei Stühlen sitzt. Dem Abgeordneten Richter, der das Vereinsgesetz mit der Aufhebung des Verbindungsverbotens für politische Vereine begründete, schloß er sich noch gewachsen, gegen unsern Genossen Singer versuchte er noch eine Art Verteidigung, aber auf die schweren Angriffe Richters fand er nicht ein Wort der Erwiderung. So war seine Niederlage und die des Gesamtministeriums geradezu zerschmetternd, und sie wurde durch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung — der gesammte Reichstag gegen 53 Junker und Junkerengenossen — nur noch zahlenmäßig festgelegt. Den Höhepunkt der Debatte bezeichneten drei Reden: des Zentrumsführers Lieber, die unseres Gen. Singer und die Eugen Richters. Lieber schonte den Fürsten Hohenzollern zwar nach Möglichkeit, aber er fand doch bittere Worte für den Bruch des Versprechens. Freilich, er und die Linken haben die Situation verschuldet. Hätten sie im vorigen Jahre den Rath unserer Genossen befolgt und die Vorseilung der veralteten Bestimmungen der Vereinsgesetze mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch verknüpft, so wäre der Reaktion das Spiel verboden worden. Diesen Gesichtspunkt hob Singer kräftig hervor. Er ermahnte den Reichstag, endlich einmal hart zu werden und seine Macht auszurufen, sonst gehe es mausfallig hinab bis zum Staatsstreich. — Richters Rede war die beste die er seit Jahren gehalten hat. Es hatte den Anschein in letzter Zeit, als sei der alte Parlamentarier müde geworden. Seinen Reden fehlte es an Glanz und Aufschwung. Gesteru aber fand er seine ganze Kraft wieder und riß das ganze Haus mit sich fort. Es kommt bei uns so gut wie gar nicht vor, daß die Tribünen unter dem unmittelbaren Eindruck eines Satzes mitfortgerissen werden und zu klatschen beginnen. Bei der Richterschen Rede geschah es zweimal, sodaß Herr von Bismarck, von einer konservativen Polizeiseele darauf aufmerksam gemacht mit der Räumung der Tribünen drohte. Die Rechte, die Herren v. Kardorff und v. Levetzow vorrückte, war sehr kleinlaut und mußte es noch erleben, daß ihr ungerathenes Anhängel, die Antisemiten, sich auf die Seite der Opposition schlugen. Die Herren haben neulich in Dresden am eigenen Leibe das sächsische „Zuwel“ zu spüren bekommen und die Lektion vorläufig noch nicht vergessen. So rebellirte denn Herr Zimmermann sehr energisch gegen den sächsischen Polizeigeist, als dessen bundesrätliche Verkörperung Graf Hohenzollern sich sofort durch den Satz erwies, daß jede Regierung mit jedem Ausländer machen könne, was sie wolle. — Die Nationalliberalen ließen durch den Abg. Wassermann erklären, daß sie bei der Stange bleiben und im preussischen Abgeordnetenhaus nicht über den Stock springen werden. Das wird sich ja bald feststellen lassen. — Die denkwürdige Sitzung wird bei den Beteiligten, und theilhaftig ist ja das ganze deutsche Volk, so bald nicht vergessen werden.

Der Bismarckgarde in den „Hamburger Nachrichten“ gefällt der Reder'sche Kampf gegen die Sozialdemokratie durchaus nicht. So schneidig die Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnimmt, dem Friedrichsruher Bolterer kann sie es nicht recht machen. Das Hamburger Organ meint, bei den Kommissionsberathungen des Abgeordnetenhauses werde auch nichts herauskommen können. Der Versuch, die Artikel 1 und 3 der Vorlage so zu präzisiren, daß dieselben nur auf die eigentlichen Umsturzparteien Anwendung finden könnten, werde ebenso scheitern wie das Umsturzgesetz vor zwei Jahren. Jeder Versuch, auf dem Boden des gemeinen Rechtes mit Erfolg anzugehen, sei aussichtslos. Die von der „Deutschen Tageszeitung“ vorgeschlagene Fassung — den Bestand, die monarchische Verfassung des Staats oder die öffentliche Ordnung gefährden — sei ebenso wie die Fassung der Regierung der verschiedensten Auslegungen ausgesetzt. Also — nicht etwa: man bleibe davon, nein: man nenne das Ding beim richtigen Namen und sage: „Vereine und Versammlungen, welche durch sozialdemokratische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten resp. aufzulösen.“ Weshalb, so fragt das edelmüthige Blatt weiter, schreitet man denn, wenn es wirklich nur auf den Umsturz abgesehen ist, nicht dazu, einfach das Sozialistengesetz für Preußen wieder in Kraft zu setzen?

Und so machen sich denn die „Hamburger Nachr.“ das eigenthümliche Vergnügen, fast das ganze alte Sozialistengesetz ausführlich abzudrucken. Die Hamburger denken wohl, der jetzigen Regierung sei jenes Meisterstück Bismarck'scher Eisenpolitik gänzlich unbekannt. Das Blatt schließt seinen großen Zitatenswall dann also: „So das Sozialistengesetz. Es zerstörte die Organisation der revolutionären Partei, brachte ihre Staatsgefährlichkeit zum öffentlichen Bewußtsein und schädete sonst Niemanden. Die Gefahr, gegen die es erlassen wurde, ist heute größer als je. Die Konsequenz daraus zu ziehen, ist Sache der Regierung. Mit der preussischen Vereinsnovelle ist sie nicht gezogen.“ Diese Bismarckjünger sind seltsame Kranke. Sie empfehlen das Sozialistengesetz mit einer Beharrlichkeit, die wirklich staunenswerth ist, das Sozialistengesetz, unter dessen Herrschaft die Sozialdemokratie zur größten Partei in Deutschland geworden ist.

Es scheint eben, daß die Sozialdemokratie in keiner Weise todt zu machen ist. Bismarck hat es nicht fertig gebracht. Herr v. d. Rede wird es erst recht nicht fertig bringen. — Die Wirkung der Reichstagsverhandlungen über das preussische Umsturzgesetz beurtheilt die „Volksztg.“ wie folgt: Die lex Rede wird, wie wir dies sofort nach ihrem

Erscheinen ausgesprochen haben, Tausende und Aber-tausende aus ihrer stumpfen Gleichgültigkeit aufrütteln, und die Reichstags-Verhandlung wird diesen Prozeß in ungeahnt wirksamer Weise fördern. Alles in Allem hat die Opposition einen Tag des Glanzes und Triumphes erlebt, wie er nur selten in dem parlamentarischen Leben einer Nation vorkommt.

Der Pfeil, den das preussische Ministerium abgeschneit hat, er ist auf den Schützen zurückgeschlagen, zurückgeschlagen unter dem Jubel aller Preußen und Deutschen, die noch einen Funken politischer Freiheitsliebe im Herzen tragen. Das millionenfache freundliche Echo, das die gestrigen Reichstagsverhandlungen in Nord und Süd wecken werden, mag den intellektuellen Urheber der gestrigen vernichtenden Niederlage der Regierung wie ein dröhnendes Menetekel ins Ohr gellen!

Die Nationalliberalen und die konservative Liebeswerbung. Die Konservativen bieten alles auf, um nationalliberale Stimmen für die Vereinsgesetz-Novelle einzufangen. Selbst die „Kreuz-Zeitung“, der die Forderungen des Herrn von der Mecke noch viel zu gemäßigt sind, ist zum Schacher bereit und will mit einer Fassung des Gesetzes zufrieden sein, welche „das Mißtrauen der bürgerlichen Parteien“ entkräftet und sie davon überzeuge, daß es sich nur darum handelt, dem Umsturz den Daumen aufs Auge zu drücken, nicht aber den ruhigen Staatsbürger in seiner berechtigten politischen Bewegungsfreiheit zu hindern.

Man wird sehr vorsichtig sein müssen in der Beurtheilung dessen, was von den Nationalliberalen in dieser Hinsicht zu erwarten ist. Vorläufig erfährt das reaktionäre Liebesgitter noch keine Gegenliebe. Die „National-Zeitung“ erwidert auf die oben bezeichnete Zustimmung des Hammerstein-Organs: „Diese Ueberzeugung“ wird man, namentlich angesichts der jüngsten Leistungen von Parteigenossen der „Kreuz-Zeitung“ in Pommern, durch keine veränderte „Fassung“ hervorrufen.“

Von den künftigen Leukern der bürgerlichen „Freiheiten“ wird aus Bahrze (Oberschlesien) vom 16. Mai gemeldet: Nach 3 Jahren sollte endlich einmal eine Versammlung in Oberschlesien stattfinden, eine gewerkschaftliche, in der A. Bergmann aus Breslau sprechen sollte. Unmittelbar nach der Eröffnung wurde sie jedoch vom überwachenden Amtsvorsteher, der von ca. 10 Polizeibeamten unterstützt wurde, aufgelöst. Die ober-schlesische Polizei agitirt in ihrer Weise für uns ganz vorzüglich. — Wom braucht man denn eigentlich noch das Reden-Gi?

Betheiligung der Sozialdemokraten an den preussischen Landtagswahlen wird aus Anlaß der Vereinsgesetz-Novelle in unserer Parteipresse wieder angeregt. Bisher hat sich die Sozialdemokratie wegen des ihr ungünstigen Wahlsystems an diesen Wahlen nicht betheiligt. Zwar ist schon bei der letzten preussischen Landtagswahl insbesondere in einem Artikel der „Neuen Zeit“, einem Zusammengehen mit den Freisinnigen das Wort geredet worden, vorausgesetzt, daß die Freisinnigen der Sozialdemokratie einige Sitze einräumen würden; aber der „Vorwärts“ gab die Meinung der Parteigenossen in der Lösung kund: „So lange das elende Dreiklassen-Wahlsystem herrscht, rührt die Sozialdemokratie keinen Finger.“ Jetzt schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Dresden: „Das ist sicher: wenn die Sozialdemokratie an den preussischen Wahlen sich betheiligt, so wird die junkerliche Majorität geprengt. Freilich, selbst können wir in Preußen nicht durchkommen“, und das war das entscheidende Moment, weshalb die Sozialdemokratie sich bis jetzt an den preussischen Landtagswahlen nicht betheiligt. An den Freisinnigen oder Nationalliberalen ist uns nicht viel gelegen. Aber unter der von Tag zu Tag sich verschärfenden reaktionären Gefahr müssen wir es doch ernstlich in Erwägung ziehen, ob nicht schon der Umstand allein, daß es gelingen würde, die Uebermacht der Junker im Landtage endgültig zu brechen, der Mühe werth ist, sich an den Wahlen zu betheiligen, einerlei, wer auch an Stelle der Junker kommen mag. Denn die Junker sind zweifellos unsere schlimmsten politischen Feinde.“ So kann, meint die „Kölnische Volkszeitung“, die Vereinsgesetz-Novelle Folgen haben, an welche die Urheber vielleicht gar nicht gedacht haben.

Ein Prinzwort. Auf einer Wanderversammlung bayerischer Landwirthe in Weiden hielt Prinz Ludwig von Baiern, der dereinstige Thronfolger, folgende Ansprache: „Daß ich in Baiern überall gut aufgenommen sein werde, davon war ich überzeugt, habe auch wie immer gebeten, für mich keine besonderen Feste zu veranstalten, weil ich nicht will, daß meineinhalten Städte und Gemeinden sich in Unkosten stürzen. Ich halte mich an das Wort Ludwigs II. bei dem Wittelsbacher Jubiläum, wo er sagte: Ich und mein Volk brauchen keine solche Sachen, und in der That, wenn Volk und Fürstenhaus 700 Jahre ununterbrochen zusammengestanden und das Fürstenhaus aus dem Volke selbst hervorgegangen ist und das Volk so oft Blut dafür vergossen und die Dynastie auch eingestanden, wenn es gegolten hat, für das Volk einzutreten, so sage ich: Wir brauchen keine solchen Feste.“ Mit Recht bemerkt die „Berl. Ztg.“: „Die kostspielige Festtrummerei thut's in der That nicht, und nichts ist thörichter als die Annahme, daß der begeisterte Jubel der Hurraschreier, die Masse des in Fahnen und Flaggen ausgebreiteten Baumwollzeuges oder die Größe des Umfanges der Kerzenfabrikanten für die Illumination bei derartigen Fällen einen Maßstab abgeben könnte für die Innigkeit der Beziehungen zwischen einem Fürsten und seinem Volk.“

Kunzige Großspürigkeit. Das Organ des Bundes der Landwirthe hält sich darüber auf, daß einige Berliner Jünglinge an Samoanerinnen und anderen exotischen Damen Geschmack gefunden haben, und hält dafür dem ganzen deutschen Volke eine Strafspreibig: „Wir haben's herrlich weit gebracht. Man erinnere sich nur an die schrecklichen Vorgänge in und um Kairo in der vorjährigen Ausstellung! Man beachte die häßlichen Vorkommnisse, die sich an die Schaustellung von Negern und anderen fremdländischen Weibern zu knüpfen pflegen! Eine edle vornehme Klasse empfindet unüberwindlichen Ekel vor der Berührung mit einer niederen Rasse. Nur gänzliche, tiefe Entartung, die durch rassenfremde Einflüsse gefördert worden ist, kann diesen Ekel überwinden. Fürwahr, unser deutsches Volk hat allen Grund, sich auf seine Art und die Quellen seiner Kraft zu besinnen.“ Wenn die Regierungen Geld hätten, dann gäbe es verachtete Junker genug, die sie auf dem Fleck heirathen würden. Nur den Mund nicht gar so voll genommen!

Wie der Stern des Herrn Dr. Karl Peters gesunken ist, beweist der folgende, aus Mainz der „Post. Ztg.“ gemeldete Fall: Der Schleppdampfer einer großen Mainzer Rhederei trug bisher den Namen des aus dem Reichsdienst entlassenen „Afrischelden“. Nach dem Urtheilspruch des Berliner Gerichts ist jedoch der Dampfer in „Christine“ umgetauft worden.

Franz Wirth, einer der eifrigsten Führer der sogenannten „Friedensbewegung“ und Redakteur der „Friedenskorrespondenz“, ein alter ehrlicher Demokrat, ist in Frankfurt a. M. im Alter von 71 Jahren gestorben.

Die neubewilligten Liebesgaben für die Zuckerbarone haben eine solche Steigerung der Produktion hervorgerufen, daß die Produktion in neun Monaten, vom 1. August 1896 bis 30. April 1897, die Jahresproduktion des vorhergehenden Fiskaljahres bereits übersteigt. In dem Jahre vom 1. August 1895 bis 31. Juli 1896 wurden 15 375 220 Doppelcentner und in den ersten neun Monaten des laufenden Fiskaljahres 16 310 444 Doppelcentner Rohzucker in Deutschland producirt. Da weniger als 7 Millionen Doppelcentner zur Befriedigung des inländischen Verbrauchs ausreichen, muß das deutsche Volk recht tief in die Taschen greifen, um die 2,25 Mark für jeden ausgeführten Doppelcentner zu zahlen.

Italien. Der zu Tode gefolterte Anarchist. Die Kammer-sitzung am Sonnabend hatte einen höchst unruhigen Schluß, als Cavallotti und der Sozialist Costa über den geheimnißvollen Tod des Anarchisten Frezzi Interpellationen einbrachten. Costa erregte große Unruhe, als er fortwährend von Mord sprach. Rubini erklärte sich bereit, nach der Afrika-Diskussion Cavallotti zu antworten. Die neuere ärztliche Enquete ergab, wie jetzt die offiziöse „Opinione“ mittheilt, daß der Tod Frezzi's gewaltsam erfolgte. Drei Stadtpolizisten und zwei Gefängnißwärter wurden heute verhaftet. Wenn aber ein Mord als solcher bezeichnet wird, geräth das Parlament in Unruhe.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 19. Mai 1897.
224. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Am Bundesrathstisch: Herr v. Bötticher. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenzollern zu, daß er sich gestern im Irthum befunden habe, als er gelangt habe, die Versammlung sei aufgelöst worden, weil Abg. Zimmermann dem Verbot zuwider einem Desterreicher das Wort erteilt habe.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der *Serbis-Novelle*. Bei Berathung des § 1, die am Montag abgebrochen werden mußte, weil das Haus beschlußunfähig war, beauftragt Dr. Lieber (Z.) die Zurückverweisung der Novelle an die Budgetkommission. Dr. Hamacher (M.) — zur Geschäftsordnung — bittet, dem Antrag Lieber diesmal freundschaftlich entgegenzukommen, als am Montag. Das Plenum würde sonst zu sehr in die Details eingehen müssen.

Richter (Zp.) wendet sich gegen den Antrag. Die Dreiklassenheilung könne noch in diesem Jahre so bleiben, wie sie ist. Werde der § 1 angenommen und der § 2 abgelehnt, so würden diejenigen, die sich durch zu hohe Einkunftssteuern bei den Mandatären bedrückt fühlen, eine 25—33 1/2 prozentige Erleichterung erfahren. Werweisen Sie dagegen die Novelle an die Kommission zurück, so werde gar nichts zu Stande kommen, denn die Dreiklassenfrage werde allein eine mehrtägige Debatte nöthig machen und der Reichstag werde an chronischer Beschlußunfähigkeit lehn Ende finden.

Singer (SD.): Der Vorschlag Richters in der Kommission, den § 1 anzunehmen und den § 2 abzulehnen, sei dort als eine Erleichterung betrachtet worden. Nur so könne man aus den Schulden herauskommen. Die Kommission sei darin einmüthig gewesen. Warum habe Herr Lieber seine Ansicht jetzt geändert? Wollte er Wahlrechtspolitik treiben und um Stimmen rennen? Eine solche Politik mache er nicht mit. Kollege Richter habe die Sache ganz richtig geschlichtet. Jeder Abgeordnete werde, wenn sein Wahlkreis in der Kommission schlecht fortgekommen sei, im Plenum dann diesen Kommissionsbeschluß anzusehen suchen. Er bitte, den Antrag Lieber abzulehnen.

Dr. Han (Widb.) unterstützt den Antrag Lieber. Nach längerer Debatte wird der Antrag Lieber mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Berathung des Auswanderungsgesetzes beim § 50, welcher bestimmt, daß das Gesetz am 1. April 1898 in Kraft treten soll.

Dr. Barth (Zp.) theilt aus einer an ihn gerichteten Zuschrift des früheren Abg. Woermann mit, daß sich Herr Woermann vollständig mit der Eingabe der Hamburger Rhederei gegen das Gesetz einverstanden erkläre. Er hoffe, dieser Standpunkt des Herrn Woermann werde seine politischen Freunde in der nationalliberalen Partei veranlassen, gegen das Gesetz zu stimmen.

§ 50 wird genehmigt und angenommen.

Auch in der Gesamtstimmung wird der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Freijüngern und Sozialdemokraten angenommen.

Eine Resolution der Kommission verlangt in den Ausschiffungshäfen die Anstellung einer genügenden Anzahl von Konfuzi, damit die Interessen der Auswanderer ausreichend geschützt werden; außerdem soll den im Auslande lebenden Deutschen, die sich der Wehrpflicht nicht entzogen haben, die Ableistung der Militärdienstpflicht erleichtert werden.

Diese Resolution wird ohne Debatte angenommen. Eine von Dr. Förster (Nutt.) beantragte Resolution verlangt von der Regierung ein Besiedelungsgezet für die deutschen Schutzgebiete und die Errichtung eines einheitlichen Auskunfts-bureaus für Auswanderer.

Direktor im Auswärtigen Amt Meichardt beanstandet die Resolution Förster. Das Reich könne keine besondere Beförderung erteilen, da das Auswärtige Amt ohnehin Auskunft erteile.

Dr. Hamacher (Nutt.) hebt hervor, daß sich der größte Teil der Schutzgebiete mit Ausnahme der südwestafrikanischen Kolonie niemals zur Besiedelung durch deutsche Auswanderer eignen werde. Aber auch in Südwestafrika sind die Verhältnisse noch so wenig günstig, daß sich ein gesetzgeberisches Vorgehen im Sinne des Antragstellers nicht empfiehlt. Auf ein Besiedelungsgezet für unsere Kolonien müssen wir zunächst verzichten. Dagegen ist der Gedanke, eine besondere Auskunftsstelle für Auswanderer zu schaffen, beachtenswert, ja fast werthvoller, wie das ganze Gesetz über Auswanderung.

Direktor der Kolonialabtheilung, Freiherr von Nitzschosen: In Südwestafrika ist Alles bereits gethan, um den Einwanderern deutschen Schutzes und deutschen Recht zu gewähren. Aufseherämter sind dort bereits im Gange, um ein Uebel zu vermeiden, ob sich dort die Ansiedelung deutscher Freijüngern empfiehlt. Leider ist nach einem gestrigen Telegramm die Kinderpest in den Schutzgebieten bei den Hereros ausgebrochen. Dadurch werden viele Hoffnungen bedroht.

Die Resolution Förster wird, soweit sie eine amtliche Auskunftsstelle verlangt, angenommen, soweit sie ein Besiedelungsgezet fordert, abgelehnt. Die Resolutionen werden für erledigt erklärt. Es folgt die namentliche Gesamtstimmung über das Margarinegezet. Das Gesetz wird mit 189 gegen 101 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

Sodann wendet sich das Haus folgender Interpellation des Abg. Dr. Fahn und Genossen zu:

1) Ob der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben:

1) Ob die mit dem 1. Juli 1897 in Kraft tretende Kaiserliche Verordnung, betreffend die Lichter- und Signalführung der Fischfahrzeuge und der Lootendampfer, vom 10. Mai 1897 bezüglich des Wegerechts der Fischdampfer völlige Gleichheit der Rechtsgrundlagen mit England schaffen soll?

2) Ob die Vorschriften dieser Verordnung über die Lichter- und Signalführung der Fischfahrzeuge im Allgemeinen dieselbe wegerechtliche Bedeutung wie die entsprechenden englischen Vorschriften haben sollen?

3) Ob die in der Verordnung den Fischdampfern zugewiesenen besonderen, sie kennlich machenden Lichter und Signale ebenso wie in England anzeigen sollen, daß die Fischdampfer in den Fällen, wo sie diese Lichter und Signale zu führen haben, durch ihre Arbeit in ihrer Manövrierfähigkeit behindert beziehungsweise beschränkt sind?

Staatsminister v. Bütticher erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Dr. Fahn (Wid.) begründet die Interpellation und weist auf seine frühere Anfrage über das Wegerecht der Fischdampfer hin. Damals habe Staatsminister v. Bütticher erklärt, das deutsche Recht auf diesem Gebiete werde sich dem englischen Recht möglichst anschließen. Inzwischen sei eine Verordnung ergangen, die im Wesentlichen dem englischen Recht entspreche. Die Interpellanten möchten nun eine Sicherheit dafür haben, daß die Verordnung auch in demselben Sinne wie die englische ausgelegt werde.

Staatsminister v. Bütticher: Ich glaube, mir den Dank des hohen Hauses zu verdienen, wenn ich meine Antwort auf einfaches und vernünftliches Ja beschränke. (Heiterkeit.)

Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die zweite Beratung der Handwerkerordnung. Referent ist Jakob Köster (N.).

§ 81, der bestimmt, daß die selbstständigen Handwerker zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu einer Innung zusammenzutreten können, ist in der Kommission unverändert geblieben.

Die Abgg. von Bierck und Gen. (N.) beantragen, dem § 81 folgende Fassung zu geben: „Zur Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und zur Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk sind Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern.

Im § 81a werden die verschiedenen Gewerbe aufgeführt, für welche der Regel nach Innungen errichtet werden sollen. Das Verzeichnis soll durch Beschluß des Bundesrathes und mit seiner Zustimmung für das Gebiet eines Bundesstaates oder Theile eines solchen durch Verordnung der Landeszentralbehörde abgeändert werden können.

v. Bierck (N.) führt zur Begründung aus, man müsse dem Wunsche der Handwerker nach Einführung der obligatorischen Innung entsprechen und nicht zu viel dem guten Willen der Behörden überlassen, weil diese nicht überall dem Innungszwang freundlich gegenüberstehen. Wenn der Reichstag an den Innungen und dem Befähigungsnachweis festhielte, würden sich auch die verkleinerten Regierungen dazu befehlen. Würden die Forderungen der Handwerker nicht erfüllt, so würde der Handwerkerstand dem Ruin entgegengeführt und es sei nicht möglich, ihm den monarchischen Sinn zu erhalten.

Gamp (N.) meint, die Handwerker könnten mit den Kommissionsbeschlüssen zufrieden sein. Die Handwerker hätten nicht nötig, die Fülle in's Korn zu werfen; es könnte auf Grund der Vorlage neues Leben aus den Ruinen des Handwerkerstandes erblühen. Er bitte, es doch bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Minister Brafeld ist der Ansicht, daß die Vorlage den berechtigten Wünschen des Handwerks weit entgegenkomme. Im Bundesrath ist man gegen die obligatorischen Innungen. Das Erforderniß für eine Innung sei, daß die Mehrheit der Mitglieder auch die Geschäfte der Innung besorgen will, sonst würde ja die Thätigkeit der Innungsfreunde lahmgelegt. Die Regierung werde von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

Euler (N.): Der Antrag Bierck sei vielen seiner Freunde sympathisch, aber auch das Zentrum wolle es bei den Kommissionsbeschlüssen belassen. Die Handwerker hätten sich nicht zu verheißeln lassen und man doch wenigstens etwas zu Stande bringen wolle. Den Widerspruch der Linken erkläre er sich daraus, daß sie verhindern wolle, daß das Handwerk eine politische Macht werde, weil es ganz klar sei, daß die Handwerker nur eine christlich-konservative Politik treiben würden. Er wünsche deshalb, daß die Vorlage noch in dieser Session Gesetz werde, denn die Regelung des Lehrlingswesens sei wirklich dringend notwendig.

Dr. Viefhaber (Nutt.) unterstützt den Antrag Bierck und Genossen, den die Reformpartei ja auch unterschrieben habe. Die in der Vorlage vorgeschlagenen fakultativen Innungen sind nur Scheingebilde. Ihre Aufgaben sind viel zu eng begrenzt. Nicht nur ideale, auch materielle Wirksamkeit müssen sie entfalten können, sonst können sie das Handwerk nicht gegen die Großindustrie und ihre Konkurrenz schützen. Nur der Zusammenstoß aller Kräfte kann helfen. Schon die alten Römer pflegten (Großes Gächter), wenn sie die Deutschen bekriegen, ihre Gegner in einzelne

Häuflein zu zerstückeln. Zwei Weltanschauungen stehen sich auch in dieser Frage gegenüber. Das Manchesterthum und die aus ihm hervorgegangene Sozialdemokratie will den Ruin des Handwerks, den wir verhindern müssen.

Dr. Kropatsch (N.) Es ist zugegeben, daß die Wünsche der Handwerker weiter gehen, als diese Vorlage. Aber die Mehrheit der Handwerker hat eingesehen, daß es falsch wäre, offene Gegner der Innungen zwangsweise in sie hineinzubringen und erklärt sich gegen die obligatorische Innung. Die Vorlage bringt unvorteilhaft beträchtliche Fortschritte für das Handwerk. Es wird dem Handwerk sehr viel darin geboten, so daß die Vorlage angenommen werden muß. Trotz aller Bedenken müssen wir deshalb für den Entwurf stimmen.

Dr. Schueib (N.) polemisiert gegen den Antrag Bierck. Haupt der Abg. Euler etwa, daß wenn sämtliche Berliner Handwerker in Innungen gepreßt würden, sie dadurch konservativ würden? Gewiß sind manche Handwerker durch die Entwicklung der Industrie zurückgegangen und lassen sich nicht mehr halten. Dafür aber sind neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen worden. Die Entwicklung des Spezialitätenhandwerks bringt den Handwerkern Hilfe. Ebenso können die Kleinrentnerhandwerker das Handwerk konkurrenzfähig erhalten.

Schmidt (N.) Berlin (N.): Es ist ganz falsch, wenn hier im Namen des Handwerks bestimmte Forderungen erhoben werden. Die Zahl der erregten Künstler ist so gering, daß der Reichstag auf ihre Stimmung keine Rücksicht zu nehmen braucht. Erklärlich sind diese Forderungen der Künstler nur, wenn man berücksichtigt, daß sich mit dem wirtschaftlichen auch der politische Rückgang bei ihnen eingestellt hat. Früher waren die Handwerker demokratisch und liberal, jetzt sind sie reaktionär. Deshalb bietet ihnen die Regierung auch einen Ausbau der Organisation, wie er keinem anderen Berufsstande jemals geboten worden ist. Wenn uns Arbeiter nur die Forderungen gegeben würden, die Sie Ihren Organisationen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels gegeben haben, dann wären wir sehr zufrieden. Wir brauchen gar nicht die Privilegien, mit denen diese Organisationen ausgestattet sind; wenn wir nur unsere Interessen ungehindert vertreten dürften, so würde uns das genügen. Die ganze Vorlage zeigt, daß den Arbeitern die Vertretung ihrer Interessen innerhalb der Handwerkerorganisation unmöglich gemacht werden soll. Die Klagen der Künstler über die Zurücksetzung des Handwerks sind durchaus unbegründet. Die Gewerbeordnung hat durch Abänderungen der Gewerbeordnung fortgesetzt die Wünsche der Handwerker berücksichtigt. Ich erinnere nur an die Gesetzgebung gegen den unzulässigen Wettbewerb, die auch auf das Konto der Vereine, dem Mittelstand zu helfen, gesetzt werden muß. Die Wirkung dieses Gesetzes ist ein wahrer Hohn auf die Berechtigung. Die Rechte, die auf Grund dieses Gesetzes erfolgen, werden von den Vereinen, die unzulässigen Wettbewerb treiben, zur Kasse verwandt. Das ist ein wahres Anstoß für ihre Gesetzgebung. Wie das Handwerk gefährdet wird, zeigt auch die Thatsache, daß auf allen Handwerkerparlamenten Vertreter der Regierung erscheinen und sich bemühen, die erregten Voten zu bekämpfen. Auf die Wünsche der Arbeiter nimmt Niemand solche Rücksicht. Wenn es je vorgekommen, daß ein Regierungsvertreter an Arbeiterparlamenten Theil nimmt, um die Wünsche der Arbeiter zu vernehmen? Als die Tabaksteuer die Existenz der Tabakarbeiter bedrohte, traten sie auf einem Kongreß zusammen. Die Regierungsvertreter waren wohl eingeladen, aber nicht erschienen. Auf allen Handwerkerkongressen aber sind sie zu treffen. Nächst hat Herr v. Bütticher den Handwerkern bei einer solchen Gelegenheit in Aussicht gestellt, daß diese Vorlage dem Handwerk den goldenen Boden wiedergeben werde. Das ist eine arge Täuschung und die Handwerker werden es sehr bald am eigenen Leibe als arge Täuschung empfinden. Der goldene Boden des Handwerks ist ein für allemal verschwunden. Es ist bezeichnend für die Vorlage, daß die Kommission in ihrer Mehrheit nicht einmal den anfänglichen Grundrissen über die Organisation des Handwerks in der Form treu geblieben ist. Es ist weiter bezeichnend, daß ein Theil der Handwerker durch die Vorlage aus der Organisation von vornherein ausgeschlossen wird, und zwar gerade der wirtschaftlich am schlechtesten gestellte Handwerker, der seinen Hellen und seinen Lehrling beschäftigt. Grade er bedarf des Schutzes am meisten. Es zeigt sich hier, daß Sie auch hierbei darauf ansprechen, innerhalb des Handwerkerstandes eine kleine Aristokratie herauszubilden. Der Abg. Kropatsch hat wieder hier den Befähigungsnachweis empfohlen. Ich wünsche nur, er würde eingeführt. Dann würde sich herausstellen, daß auch er dem Handwerk keine Rettung bringt, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aufzuhalten ist. Das Handwerk würde nur eine neue Enttäuschung erfahren. Wir wollen es vor solcher Enttäuschung bewahren, und deshalb stimmen wir gegen den vorliegenden Paragraphen und gegen die ganze Vorlage. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

v. Bütticher tritt für den Antrag Bierck ein. Ohne die obligatorische Innung und den Befähigungsnachweis ist die Vorlage nur ein halbes Wort und wird dem Handwerk sehr wenig nützen.

Reichmann (N.) hebt hervor, daß die Organisation des Handwerks, wie sie die Vorlage bringt, unter die Polizeigewalt gestellt würde. Den Arbeitern nicht man durch Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes auf dieselbe Weise bezukommen, aber die Arbeiter wehren sich dagegen mit allen Kräften, während die Künstler gefügig sind und von der Hilfe der Polizei alles Heil erwarten. Es ist ganz falsch, von den Innungen zu erwarten, daß sie alle Handwerker unter einen Hut bringen werden, dazu sind die Interessengegenstände selber zu scharr. Es ist das nichts anderes, als wenn Sie behaupten, die kleinen Landwirthe hätten dieselben Interessen wie die großen. Es ist nicht die Rede davon, daß Sie den kleinen Handwerkern irgendwie helfen. Wenn Sie sie in eine solche Organisation hineinzwingen; im Gegentheil, das Bischen Solbaritätsgesetz, das bisher vorhanden war, wird dabei noch zu Grunde gehen; im Kampfe um die Existenz, in der Konkurrenz hört das gemeinsame Interesse auf. Sie wollen Alles uniform zurechtweisen, ganz gleich, ob die Verhältnisse in die Uniform passen oder nicht. Wir von unserem Standpunkte haben ja keinerlei Ursache, uns darüber aufzuregen; wir können den Handwerkern nur in's Gemüth führen, daß ihnen auf diese Weise nicht geholfen werden wird. Die Rechte fordert freilich noch mehr; da sie eine Liebesgabenpolitik zu Gunsten des Handwerks nicht treiben mag und kann, wie zu Gunsten der Landwirtschaft, so will sie ihm wenigstens noch den Befähigungsnachweis bescheeren. Die Regierung aber hat sich wohl gehütet, diesem Wunsche zuzustimmen; die vorjährigen Erfahrungen der Studienreise nach Oesterreich waren nicht ermutigend. Ich sehe allerdings nicht auf dem Standpunkt meines Kollegen Singer, der von dieser Studienreise gefagt hat: Schade um's Geld! (Heiterkeit.) Ich finde, es schadet gar nichts, wenn unsere Regierungsräthe sich etwas Weisheit aus dem Nachbarlande holen. (Heiterkeit.) Man wirft uns vor, daß wir uns wenig bemühen, die Künstler in unserem Sinne umzustimmen. Aber sogar Herr Jacobsköster ist es auf dem letzten Handwerkerkongreß nicht gut gegangen, weil er nur ein klein wenig von dem Standpunkt der Herren abwich und sich einweisen ließ mit der Regierungsvorlage begnügen wollte. Diese Herren sind so wenig politisch geschult, daß sie einen Widerspruch überhaupt nicht vertragen können; sie machen großen Madan bei jedem Einwand (Heiterkeit); mit ihnen können wir nicht verhandeln. Anders steht es aber mit den Nichtzünftlern. Die nicht in den Innungen organisierten Handwerker sind fastwiese organisiert. Sie verabscheuen aber den politischen Zwang. Herr Bierck scheint die Schneiderbranche wenig zu kennen. Was will er denn mit den zahllosen selbstständigen Schneiderinnen in der Damenmäntelbranche machen? Sollen die auch den Befähigungsnachweis erbringen, so und so lange lernen u. s. w.? Darauf nimmt die Vorlage gar keine Rücksicht. Wir

können die Vorlage nicht annehmen und werden gegen sie stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wasserhaus (N.) erstattet dem Antrag Bierck für unannehmbar. In kleinen Städten sei gar kein Material für die Bildung von Innungen vorhanden. Die süddeutschen Handwerker wollen von Innungen nichts wissen. Eine ersprießliche Thätigkeit in der Innung kann nur entwickelt werden, wenn eine erhebliche Majorität von Innungsfreunden darin ist. Wir wären am liebsten für eine Zweidrittel-Majorität gewesen, wollen uns aber mit der einfachen Majorität bescheiden. Dagegen werden wir gegen den Antrag Gamp stimmen, welcher die Bildung von Innungen in das Errethen der Regierung stellt, auch wenn keine Majorität unter den Handwerkern für die Innung vorhanden ist.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Während der Abstimmung bezweifelt Ahtwardt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadthagen (N.) beschwört auf der Tribüne wegen großer Unruhe des Hauses nicht verständlich, dem § 81 folgende Abfäge hinzuzufügen:

Gastwirth darf die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten nicht verweigert werden, wenn sie einem an demselben Ort keinen Betrieb ausübenden Gastwirth — mag dieser einer Innung angehören oder nicht — gestattet ist.

Wird für den Betrieb des Schankgewerbes eine Polizeistunde gesetzt, so muß dieselbe für sämtliche Schankwirtschaften des Orts die gleiche sein.

Nebsther verweist auf die Verationen und Chikanen, denen die Gastwirth seitens der Polizei ausgesetzt seien.

Staatssekretär v. Bütticher bittet, den Antrag abzulehnen, da die Materie gar nicht in den Paragraphen gehöre.

Stadthagen (N.): Der Antrag paßt sehr gut zu der Materie (Große Heiterkeit), denn die Vorlage will doch den Mittelstand heben. Wenn nun ein Antrag kommt, den Gastwirthsstand vor dem Ruin durch die Polizeigewalt zu schützen, so paßt er in die Vorlage. Ich hätte geglaubt, dieser Antrag würde einstimmig angenommen werden. (Heiterkeit.)

Jubeil (N.) tritt als Gastwirth, der selbst viel unter der politischen Willkür zu leiden hat, für den Antrag Stadthagen ein. Die Polizeistunde werde nach der Stimmung des Gastwirths festgesetzt. Auf dem Lande werde den Gastwirth die Konzeption zu Langzeitbarkeiten entzogen, wenn sie ihre Säre für sozialdemokratische oder freijüngliche Versammlungen hergeben. Es sei an der Zeit, daß der Gastwirth auch unter die Gewerbeordnung gestellt werde. Der Gastwirth, der schwer um sein tägliches Brod ringen müsse, verdiene es, daß er unterthätig wird. Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Nitzschosen, mußte es sich gefallen lassen, daß mehrere Berliner Gastwirths vor Gericht freigesprochen wurden, obwohl sie in einer öffentlichen Gastwirthsversammlung ihm den Vorwurf politischer Willkür gemacht hatten. Er bitte, bis zur dritten Lesung diesen Schutz der Gastwirths in die Vorlage zu bringen.

Ein Beschlagnahmeantrag wird abgelehnt, ein Schlußantrag angenommen.

Nachdem sich Abgeordneter Ahtwardt über ungeredete Verhandlung beschwert hat, weil ihm das Wort nicht erteilt worden sei, werden bei der Abstimmung unter Ablehnung aller Änderungsanträge § 81 und § 81a nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (3. Nachtragsetat. 3. Beratung des Antrags auf Einführung eines Noth-Reichs-Vereinsgesetzes. Handwerkerordnung.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

20. Mai.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, S. M. Th. Wahrdt, F. P. S. Pamperi n. F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. S. Wangert ist der Bezug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Die Einbringung der Lex Mecke veranlaßt das Amtsblatt, darauf aufmerksam zu machen, daß in dieselbe Bestimmungen aufgenommen sind, welche gleichbedeutend sind mit solchen, die in Lübeck Geltung haben. Sie lauten im Gezet vom 15. September 1888:

§ 5. Kinderjährige dürfen an Versammlungen zu politischen oder sozialistischen Zwecken nicht teilnehmen, und ferner: § 7. Der die Ueberwachung einer Versammlung leitende Polizeibeamte ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären: 3. wenn in der Versammlung Verhandlungen vorkommen, in welchen eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten ist; 4. wenn in der Versammlung Ausschreitungen vorkommen, welche die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden geeignet sind. Kann diese Gefährdung durch Entfernen der Urheber der Ausschreitungen beseitigt werden, so darf die Auflösungserklärung erst dann erfolgen, wenn trotz Aufforderung des die Ueberwachung leitenden Polizeibeamten die Urheber der Ausschreitungen nicht sofort aus der Versammlung werden.

Der Umstand, daß wir in Lübeck kaum an die Existenz dieser vieldeutigen Bestimmungen denken, daß das Vereinsleben hier ein so freies und ungehindertes ist, wie kaum anderswo, daß die Polizeibehörde nur höchst selten Anlaß nimmt, Versammlungen zu überwachen, daß sie also der Ansicht sein wird, daß Ausschreitungen u. s. w. so gut wie ausgeschlossen sind, und die unbestreitbare Thatsache, daß in Wirklichkeit Ausschreitungen überhaupt gar nicht vorkommen, sind u. s. ein untrüglicher Beweis dafür, daß man einerseits an maßgebender Stelle von der Ueberflüssigkeit obiger Bestimmungen überzeugt ist und daß andererseits die Bestimmungen, welche noch der Zeit des Sozialistengesetzes entstammen, thatsächlich überflüssig sind. Die Fraktion, welcher unser Reichstags-Abgeordneter angehört, hat im Reichstage gegen die analogen Vorschriften des preussischen Entwurfs Sturm gelaufen, wird Herr Dr. Götz dementprechende Schritte thun, daß in Lübeck Bestehende zu beseitigen?

Öffentliche Bäcker-Versammlung. Seitens des Einberufers der öffentlichen Bäcker-Versammlung, welche am 11. ds. M. tagte, geht uns durch Genossen L. Breit Haupt nachstehende Erklärung zu: „Die No. 115 der „E.-Z.“ vom 18. Mai enthält einen Bericht, welcher beweist, daß das genannte Blatt es mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt. Es heißt dort, in der fraglichen Versammlung seien nur 27 Gesellen zugegen gewesen, der eigentliche Kern der Lübecker Bäcker-

gefallen sei fern geblieben. Demgegenüber kann ich zu meiner Freude konstatieren, daß 67 Gesellen und 7 Meister anwesend waren. Wenn ferner die „E.-B.“ angiebt, daß 120 Gesellen in Lübeck arbeiten, und man sich weiter die Thatsache vor Augen hält, daß bereits 80 Gesellen dem Verbanne angehören, so wird man auch die Lebensart von dem „ferngebliebenen eigentlichen Kern“ zu würdigen wissen. Was ferner die läppische Bemerkung darüber anlangt, daß die Genossenschaftsbäcker sich zur Aufgabe gemacht haben, die hier arbeitenden Gesellen über ihre Lage und politisch aufzuklären, so sei sie mit der einfachen Erklärung abgethan, daß es die verbannte Pflicht und Schuldigkeit organisirter Arbeiter ist, die indifferenten Kollegen zu belehren. Was die neuerlichen Vorkommnisse anlangt, so werden sie sich zur Zufriedenheit ausklären.“ — Soweit die Zuschrift. Wir sehen einmal wieder, was das ehrenwerthe Blatt seinen Lesern zu bieten magt. Erwähnt sei noch, daß der Referent in der beregten Versammlung der Vorsitzende des Verbandes der Bäcker, Genosse Altmann-Hamburg war. Der gutunterrichtete Gewährsmann der „E.-B.“ macht einen „Epemann“ daraus.

Bürgerkandidaturen. Der Verein der Bau- und Wohnarbeiter hat zu den bevorstehenden Wahlen zur Bürgererschaft folgende Kandidaturen proklamiert: Negerauer Landbezirk: Herr Benn-Russe (bisheriger Vertreter), Mühlenthor Landbezirk: Herr Grube-Moisling (bisheriger Vertreter), Holstenthor Landbezirk: die Herren Spethmann-Vorwerk und Wengeneroth-Wilhelmshöhe (bisherige Vertreter), Travemünde: Maurermeister Hobe (bisheriger Vertreter), Travemünder Landbezirk: Herr Beythien-Ivendorf an Stelle des wegen hohen Alters zurücktretenden Herrn Sildebrandt-Brodten. Für den Burglhorbezirk, den bisher Herr Pastor Fischer-Schlutup vertrat, wünscht man wegen der herrlichen Schulverhältnisse in Schattin einen Herrn aus diesem Orte, muß sich jedoch erst mit den Gothmündern, die gleichfalls einen der Ihrigen in die Bürgererschaft entsenden möchten, besprechen verständigen.

Falsifikate. Dienstag sind wiederum 4 falsche Zweimarstücke der Polizei übergeben worden. (Jahresz. 1877, Münzzeichen A, Bild Wilhelms I.)

Wieder Einer. Ein Bäckerknecht soll Gelber unterschlagen haben, die er für den Meister einfasirt hatte und ist deswegen zur Anzeige gebracht. Das Gleiche gilt von einem Knecht, der erst kürzlich freigekommen und nunmehr wieder verhaftet ist.

Schießlustig scheint ein Mensch zu sein, der Dienstag im Abort der Volksküche einen Revolver probirte und dasselbe Mandver später in seiner Wohnung wiederholte. Angeblich hat er Proben angestellt, um sich später zu erschließen.

Von Stroichen überfallen und seiner 6 Mk. betragenden Baarschaft beraubt wurde Dienstag Abend ein Herr

Geerken als er per Rad die Strecke Selmsdorf-Schlutup passirte. Das Rad wurde von den Attentätern unbrauchbar gemacht. Die Burschen sind bisher noch nicht ermittelt.

Unfall. In der Holzschneidfabrik der Firma Sager u. Klüßmann soll gestern beim Ausbringen eines schweren Holzstückes auf der Blocksäge ein Arbeiter mit der Hand so unglücklich unter den Block gerathen sein, daß dieselbe arg zerquetscht wurde und der Bedauernswerthe sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Als Geschworene für die am 31. d. Mts. beginnende Schwurgerichtsperiode sind ausgedost an Stelle der auf ihren Antrag aus dem Geschworenenamte entlassenen Herren Kaufmann Bueck, Postsekretär v. Jaworski und Konsul Tesdorpf die Herren Kaufmann v. Patsch, Kaufmann Joh. Hil. Christ. Kahns und Konsul Carl James Rheber von hier.

Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die obere Strecke der Augustenstraße von der Wakenitzstraße bis zur Bietzenstraße vom 20. d. M. ab bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Leerstehende Wohnungen Ende 1896. Es haben Wohnungen leer gestanden in Lübeck Ende 1896 wegen beabsichtigten Verkaufs oder bevorstehender Baugwerkversteigerung bezw. Expropriation 6, wegen Neu- oder Umbaus (kürzlich fertiggestellt oder bevorstehender Bau) 58, wegen Bauunfähigkeit oder aus Gesundheitsrückblicken 11, wegen Todesfalls, Gebtheilung oder als freistehende Dienst- und Stützwohnungen 32, weil Vermietung nicht beabsichtigt 30, weil nicht zu Wohnzwecken benutzt 30, als Doppel- (Zimmer-)Wohnungen 22, aus sonstigen Gründen 297, insgesammt 486. Davon waren Wohnungen im Mietpreise bis 50 Mk.: 21, 50 bis 100 Mk.: 83, 100—200 Mk.: 144, 200 bis 300 Mk.: 73, 300—500 Mk.: 79, 500—1000 Mk.: 86, Wohnungen ohne heizbares Zimmer 5, 1 heizbares Zimmer 209, 2 heizbaren Zimmern 108, 3 heizbaren Zimmern 66, 4 und mehr heizbaren Zimmern 98. Seit 3 Monaten standen leer 314, bis zu 6 Monaten 78, bis zu 1 Jahr 54, länger als 1 Jahr 40 Wohnungen. Ende 1896 standen 243 Wohnungen weniger leer als Ende 1895.

Die Banthätigkeit in Lübeck im Jahre 1896. Der Bestand an Wohngebäuden betrug Ende 1895 in der inneren Stadt 4307, Ende 1896: 4300, mithin 7 weniger (1 im Jacobi-, 4 im Marien- und 2 im Johannisquartier), in den Vorstädten 1895: 4159, 1896: 4246, mithin 87 mehr, (29 in St. Jürgen, 52 in St. Lorenz und 6 in St. Gertrud), in der ganzen Stadt mithin 80 mehr als im Vorjahr. Der Bestand an Wohnungen stellte sich Ende 1895 in der inneren Stadt auf 9035, Ende 1896 auf 9040, also 5 mehr, (+ 8 im Jacobi-, + 2 im Johannis-, — 1 im Marien-Magdalenen- und

— 4 im Marienquartier), in den Vorstädten Ende 1895 auf 8312, (Ende 1896 auf 8528, also 216 mehr, (St. Jürgen 54, St. Lorenz 142, St. Gertrud 20), in der ganzen Stadt also 221 mehr als im Vorjahr. Bewohnt waren hiervon in der inneren Stadt Ende 1895: 8647, Ende 1896: 8764 = + 117, (35 im Jacobi-, 34 im Marien-Magdalenen-, 5 im Marien- und 43 im Johannisquartier), in den Vorstädten Ende 1895: 7971, Ende 1896: 8318 = + 347 (St. Jürgen 114, St. Lorenz 177, St. Gertrud 56), in der ganzen Stadt ein Mehr von 464.

Vom Hafen. In der vorigen Woche sind in den hiesigen Hafen eingelaufen 38 Dampfer und 16 Segler, wovon 9 Dampfer und 4 Segler Bräuer und Planen geladen hatten. Von England kamen je ein Dampfer mit Kohlen bezw. Nokes. Ein Dampfer führte Baumaterial für den Elbe-Trave-Kanal, ein Segler Mundholz, ein anderer feuerfeste Steine. 8 Segler aus Schleswig-holsteinischen Häfen hatten die übliche Ladung. 5 Dampfer hatten Schlachtvieh an Bord, und zwar 106 Stück Hornvieh und 40 Schweine. Die Ladung der übrigen Schiffe bestand aus Getreide und Stückgut. Ausgelaufen sind im gleichen Zeitraum 34 Dampfer, 14 Segler mit Ladung, 6 Dampfer, 2 Segler leer oder in Ballast, insgesammt 56 Schiffe.

Wandsbek. Zuckerbrot und Peitsche. Die ideellen Beweggründe des prägelnden Stadtraths und Polizeichefs Schow haben wir bereits nach allen Seiten hin gebührend beleuchtet, so daß wir hier nichts mehr hinzuzufügen haben. Wir wollen jedoch auch einen guten Charakterzug des Herrn Schow nicht verschweigen, denn Gerechtigkeit muß jedem Menschen, und wenn auch hierbei ein Polizeipaska in Frage kommt, widerfahren. Dies ist ein Grundsatz, von dem wir nicht abweichen. Als einst Herr Schow an einem Fortbildungsschüler seine nach seiner Meinung nie verfallende Verbesserungsmethode in Anwendung gebracht hatte, schrieb der kleine Bursche ganz entschuldig: „Freundchen, es bleibt unter uns“, sagte der Richter von — Pardou! — Amtsanwalt und Polizeichef von Wandsbek, überreichte dem 15jährigen Knaben einen Apfel und trauerte hierdurch Balsam auf die brennenden Streifen. Der Apfel bewirkte Wunder, denn der Junge ging nach Hause und — sagte nichts. Wir glaubten, diesen rührenden Charakterzug des suspendirten Polizeigewaltigen nicht verschweigen zu dürfen. In der Stadt kursirt ein Gerücht, wonach die Zahl der von Schow „Gebefferten“ bereits 56 betragen soll. Wieviel hiervon Appfel erhalten haben, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut.

Jugfähr: wurde 590 Stück, davon vom Norden — 6 Stück vom Süden — Stück. Preise: Verkaufsschweine schwerer 46—47 Mk., leichtere 48—49 Mk., Sauen 33—40 Mk. und Ferkel 45—48 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einläufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Zu vermietten Logis, part. nach vorne, mit o. ohne Verköstigung Alster 89.

Gesucht zum 1. Juni von einem jungen Mann ein freundl. möbl. Zimmer, event. mit Mittagstisch, am liebsten vor'm Thor. Angebote unter F C an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort eine Wohnung, Preis ca. 150 Mk. Näheres H. Wackendorf, Gr. Schöbelgrube 17.

Gesucht zu zugleich ein tüchtiges Mädchen zu allen häuslichen Arbeiten G. Hagemann, Premier-Kamp b. Schwartzau.

Zu verkaufen ein Haus mit 2 Wohnungen in der Stadt. Preis 5200 Mk. Anzahlung nach Uebereinkunft. Näheres in der Expedition d. Bl.

Billig zu verkaufen 2 Jalouisen, 1,25 zu 2,25 Mk., mit Schußblech, 1 Brodmaschine, 1 Waage mit Gewicht. Fischergrube 56, 2. Et.

Billig zu verkaufen ein gut erhaltener Kinderwagen Alstgr. 23 c.

Billig zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen Wakenitzmauer 126, 2. Et.

Zu verkaufen ein guterhaltener heller Radfahrer-Anzug, H. Figur, billig Marlesgrube 38.

Eine Frau sucht Wäsche zum Waschen u. Ausbessern Hundestr. 13, 3l.

Feine Wäsche w. gewaschen u. geplättet Frau M. Rieck, Fischergrube 49.

Ein Kind von 1 bis 3 Jahren in Kost und Pflege gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Das Special-Möbel-Geschäft

von F. A. Hartmann,

1 Marlesgrube 1 bringt sein Lager in einzelnen Möbeln, sowie einfachen Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen bei billigsten Preisen in empfehlende Erinnerung.

Hiermit zur Anzeige, daß meine

Gartenwirtschaft mit doppelter Patent-Regelbahn „Vorstädtische Bierhalle“

käuflich an Herrn Dresen überging.

Für das mir erwiesene Wohlwollen dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger hochachtungsvoll

Carl Ayé.

Lübeck, den 20. Mai 1897.

Auf Obiges Bezug nehmend, erlaube ich die geehrten Herrschaften freundlichst, auch mich mit ihrem Besuch beehren zu wollen. Ich sichere gute, preiswerthe Speisen und Getränke unter aufmerksamer, reeller Bedienung zu.

F. Dresen

Cronsforder Allee 33 a.

Lübeck, den 20. Mai 1897.

Öffentliche Versammlung der Maler und Lackierer Lübecks und Umgebung

am Sonnabend den 22. Mai, Abends präcise 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinshaus (Saal), Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung.

1. Klassenkampf und Kapitalismus. Referent: Verbandsvorsitzender A. Tobler aus Hamburg.
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen erwartet

Der Vertrauensmann.

Die Schweinefleischhantlererei

von W. Strohsfeldt

73 Glockengießerstraße 73

empfehlst:

Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.	
Schweinefleisch	Pfd. 50 Pf.
Carbonade	Pfd. 60 Pf.
Porkfleisch	Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz	Pfd. 60 Pf.
Ersten-Schmalz	Pfd. 30 Pf.
Fett und Bein	Pfd. 20 Pf.
Geräucherter Speck	Pfd. 60 Pf.
Gekochte Mettwurst	Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst	Pfd. 70 Pf.

Keine Auction

aber zu Auktionspreisen werden Südstr. 41 freihändig verkauft:

echte Aufbaum-Vertikows, lackirte und polirte alte und neue Kommoden, Betten, Herren-, Knaben- und Jünglingsanzüge.

J. C. B. Schmehl,

Auktionator und Tagator. Täglich geöfnet von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr. Auch werden daselbst Entgegenkündungen erbeten.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Grosse Auction!

am Freitag den 21. Mai, Nachmittags 3

Uhr ausangend in der Hundestr. 41

über: Mobilien, Waaren aller Art, 3 neue Vertikows, mehrere neue und alte Kommoden, Kleiderschränke, Stühle, Tische, 2 Kinderbetten mit und ohne Sprungfedermatratze (ein zweischläfiges), ein großer Pfeiler-Spiegel in Goldrahmen, ein großer Spiegel, acht Aufbaum mit Consol und Marmorplatte, ein Chaiselongue, eine große Kaffeemühle mit Schwungrad, Regulator, Silber, Kinderstuhl, Gartenstühle, Drehmangel, 2 Staub neue Betten, Züllgarbinnen, Bettlaken, Schürzenzeug, Handtücher, 40 Stück Wäsche, 1 Tischdecken in Wachs, eine Leuchte, ca. 10 Mille ff. Cigarren, russische Seife, ein großer Kasten Kaffeemehl in 1 Pund-Dübel, 6 neueste Bände Meyers Conversations-Lexikon, ferner präcise 4 Uhr: Ein Carrambol-Billard mit Zubehör, ein amerikanisches Billard, ein großes Tribünen-Zelt, passend für Restauratione, und vieles nicht Genannte mehr.

Weitere Zusendungen werden Hundestr. 41 erbeten Gebüet von Morgens 8 bis Abends 7 Uhr.

J. C. B. Schmehl,

Auktionator und Tagator.

NB. Jeden Tag freihändiger Verkauf von Herren- und Jünglings-Anzügen und einzelnen Jackets und Hosen.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 21. Mai

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Genossen Bartels.

2. Bericht der Lohnkommission.

3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend wünschenswert.

Die Ortsverwaltung.

Die Entwicklung im Brauereigewerbe.

Die Nahrungsmittel-Industrie stellt der kapitalistischen Entwicklung größeren Widerstand entgegen, als die Mehrzahl der übrigen Heimstätten des Kleingewerbes dies vermögen. Es handelt sich bei ihnen häufig, wie namentlich in der Bäckerei und Fleischerrei, um Gegenstände des täglichen Bedarfs, die notwendig gebraucht werden, nicht leicht ohne Gefahr des Verderbens transportiert werden können, und bei deren Rundschiff die persönliche Beziehung, wie Nachbarschaft, Verwandtschaft u. s. w., eine beträchtliche Rolle spielt. Weist auch hier die Entwicklung genossenschaftlicher und anderer Brotfabriken, städtischer oder genossenschaftlicher Schlachthäuser und namentlich das erfolgreiche Eindringen der Erzeugnisse amerikanischer und australischer Großschlachtereien auf eine nicht allzu ferne Zukunft, die durch die vielfältige Misere des Kleinbetriebes auch in diesen Zweigen schon vielfach angedeutet wird, so läßt sich doch von einer eigentlich typischen Entwicklung zum Großbetrieb hier noch am wenigsten reden.

Deutlich aber läßt sich diese Entwicklung verfolgen in der Brauerei-Industrie. Sie kennzeichnet sich durch eine reizend schnelle Verdrängung altmodischer Kleingewerbes durch moderne Großindustrie, zugleich durch ein steigendes Ueberwiegen der allkapitalistischsten Betriebsform, bei der Arbeit und Kapital vollständig getrennt sind: der Aktiengesellschaft.

Es erklärt sich diese Erscheinung einmal durch die Entwicklung der Technik auf diesem Gebiete, die zu ihrer vollkommenen Anwendung beträchtliche Mittel erfordert, dann auch durch die Art des Produkts, das ohne Schaden Lagerung und großen Transport erträgt, also in ganz anderem Maße als Brot oder Fleisch auf Lager hergestellt und für weite Gebiete bestimmt werden kann. Dazu hat der in hohem, vielleicht all zu hohem Maße steigende Bierkonsum im Reiche von 91,8 Liter pro Kopf in 1876 auf 115,8 in 1895/96 — eine ziemlich sichere Aussicht auf zunehmenden Absatz und Erweiterung des Marktes eröffnet. So hat sich das Kapital, ausländisches, vornehmlich englisches, ebensowohl wie „heimisches“ des Gegenstandes bemächtigt, und die tödliche Konkurrenz der großen Unternehmungen drängt den ehrsamten Handwerksbetrieb in raschem Lauf zurück.

Im Brauereigebiet (Deutsches Reich außer Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen) waren 1873 im Betrieb 13561 Brauereien, darunter 10927 gewerbliche. 1880/81 war die Zahl zurückgegangen auf 11764 (10394 gewerbliche), 1890/91 auf 8969 (8054) und 1895/96 auf 7847 (7068). In zweiundzwanzig Jahren mithin eine Verminderung um 5714 (42 pCt.). In besonders raschem Gange vollzieht sich die Auflösung der im Nebenbetrieb von landwirtschaftlichen oder sonstigen Unternehmungen geführten nichtgewerblichen Brauereien, deren Zahl von 2634 auf 779 sank, also um 70 pCt.

Die Leistungen der Brauereien steigerten sich

im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Zahl. Die im Jahre 1893 vorhandenen 13561 Brauereien produzierten 19 654 900 Hektoliter, durchschnittlich eine Brauerei 1449,38 Hektoliter — 1895/96 erzeugten die noch vorhandenen 7847 Betriebe 37 725 815 Hektoliter, durchschnittlich 4807. Während die Zahl der Betriebe um 42 pCt. abnahm, wuchs die erzeugte Menge um 92 pCt., die Leistung eines Betriebes um 231 1/2 pCt., über das Dreifache.

So erklärt es sich denn auch, daß die Abnahme durchaus keine gleichmäßige ist. Die kleinen Brauereien mit weniger als 300 Mk. Brausteuer betragen nach den amtlichen Angaben 1875 noch 6933, 1885/86 waren es 4907 und 1895/96 nur noch 3055. Die mittleren (300—6000 Mk. Brausteuer) beliefen sich 1875 auf 4200, 1885/86: 4794, 1895/96: 3812. Dagegen zählten die Großbrauereien (über 6000 Mk. Steuer) in den betreffenden Jahren 586—662—983. Auf die Brauereien unter 60 Mk. Brausteuer, die eigentlichen „handwerksmäßigen“, entfielen 1875: 3978 — 31,3 pCt., 1895/96: 1672 — 21,3 pCt. Die größten Betriebe (über 15 000 Mk. Brausteuer) zählten 1875 noch 197 — 1,55 pCt. — 1895/96 aber 414 — 5,28 pCt. Diese Verschiebungen erklären sich nur zum kleineren Theile durch Ausrücken kleiner Betriebe in höhere Klassen, obwohl die Fluth der allgemeinen Produktionssteigerung auch manchen kleinen Unternehmer emporgetragen haben mag, sondern fast ausschließlich durch Eingehen kleinerer Betriebe; die Abnahme der Betriebe mit 1500—6000 Mk. Brausteuer, die schon nicht mehr unter die kleineren gerechnet werden können, um 151 (von 1665 in 1875 auf 1514) wird sich dagegen zum Theil durch Aufsteigen in die höchsten Betriebsformen, die in der gleichen Zeit um 415 zunahmen, erklären. Ganz freilich nicht.

Denn die Gründungsthätigkeit auf dem Gebiete der Aktiengesellschaften hat sich in besonders hohem Maße der Brauereien bemächtigt, und wenn es sich auch in zahlreichen Fällen um Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften gehandelt hat, so sind doch nicht weniger neue Betriebe errichtet worden, die dann natürlich stets in die Reihe der Großbetriebe fallen. In den 5 Jahren 1890—94 wurden im deutschen Reich in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie 127 Aktiengesellschaften gegründet mit einem Kapital von 59,3 Mill. Mark. Davon nehmen die Brauereien den größten Theil in Anspruch: so im Jahre 1891 nach der Angabe von Veris 20 mit 10 640 000 Mk. Kapital, unter 31 mit 19,5 Millionen Mk.

Im Deutschen Reich gab es in 1893/94 330 Aktienbrauereien mit einem Kapital von 318 174 668 Mk., 1894/95 347 mit 340 948 768 Mk. Kapital. Ihr Absatz belief sich auf 15 663 083 Hektoliter in 1893/94 und 16 966 262 Hektoliter 1894/95, d. i. 28,1 pCt. der gesamten Produktion des Reichs in 1893/94, und 30,7 Prozent in 1894/95; also auch hier eine beträchtliche Zunahme.

Und wenn die Zunahme der Großbetriebe und der Aktiengesellschaften häufig auf einer Umwandlung bestehender

der Betriebe mit erhöhtem Betriebskapital, mitunter auch auf der Zusammenlegung mehrerer kleinerer Betriebe an einem Orte zu einer Unternehmung zwecks erhöhter Leistung oder Vermeidung einer ruinösen Konkurrenz beruht, so bekundet auch diese Entwicklung den Fortschritt der rein kapitalistischen Produktionsweise gegenüber der handwerksmäßigen. Beruht diese auf der Arbeit des Eigentümers, d. h. auf der Vereinigung von Arbeit und Eigenthum an den Arbeitsmitteln in derselben Hand, so jene auf der Trennung beider, der Produktion durch kapitallose Arbeiter und der Aneignung des Mehrertrags der Produktion über den Arbeitslohn hinaus durch den nicht oder doch nicht seiner Vergütung entsprechend arbeitenden Kapitalisten. Im mittleren Betriebe ist das Verhältnis in der Regel dadurch verschleiert, daß der Kapitalist zugleich kaufmännischer oder technischer Leiter ist, mithin neben dem Kapitalgewinn auch Arbeitsvergütung empfängt. Je größer der Betrieb ist, um so mehr tritt gegenüber dem reinen Profit dieser „Arbeitslohn“ zurück — in der Aktiengesellschaft ist er völlig verschwunden. Hier liegt die leitende Thätigkeit bezahlten Beamten ob — der Gewinn fällt den Aktionären zu, die mit der Arbeit gar keine Berührung mehr haben. Also der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und individualistischer Aneignung: im Gegensatz zur individualistische Produktion und der ihr entsprechenden individualistischen Aneignung im Kleinbetrieb. Und da dieser Kleinbetrieb zusehends verfällt und die gesellschaftliche Produktion sich in reizender Schnelligkeit entfaltet, so ist es nur eine Frage der Zeit, daß auch diese die ihr entsprechende Aneignungsform des Ertrages finden wird: die gesellschaftliche, die mit allen Vortheilen des rationellsten Großbetriebes den Vortheil einer gemeinnützigen und gerechten Vertheilungsform als Ersatz der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital verbindet. („Vorwärts“.)

Soziales und Partei-Leben.

Die streikenden Magdeburger Hafenarbeiter beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Zur Eisenbahnerbewegung. Auch in Dresden fand, wie wir schon kurz berichteten, am 14. Mai in der „Centralhalle“ eine von über 1000 Personen besuchte Eisenbahner-Versammlung statt. Weit aus der Umgegend waren die Eisenbahner zusammengeströmt, um über ihre Lage zu berathen. Auch in dieser Versammlung wurde zur Evidenz die tieftraurige Lage der Eisenbahner dargelegt. Die Versammelten sollten den Rednern Bürger-Hamburg, sowie dem Redakteur Eichhorn-Dresden und Reichstagsabgeordneten v. Elm-Hamburg stürmischen Beifall und erklärten sich für Anschluß an den Verband der Eisenbahner. Desgleichen waren am Sonntag den 16. d. M. die Eisenbahner von Chemnitz und Umgegend in imposanter Zahl im Lokale „Stadt Meißner“ versammelt. Bürger-Hamburg legte die Prinzipien des Verbandes der Eisenbahner klar und auch die Chemnitzer Eisenbahner erklärten sich für Anschluß an die Eisen-

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(69. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

In zarter, delikater Weise deutete er an, daß seine Gefühle für Valerie, seit er sie wiedergesehen, nur die der Freundschaft seien, daß sie selbst ihn als Vertrauten akzeptiert hatte, als Mitwitzer ihres Verhältnisses zu Stefan, und daß sie diesen beschwöre, ihr durch ihn Nachricht zukommen zu lassen. Stefan kannte den edlen Charakter, den diskreten Sinn des jüngeren Wachtler, er war von seiner Großmuth gerührt, aber es hätte ihm vielleicht widersprochen, sie anzunehmen, wenn er glücklich gewesen wäre; aber nun galt es, Valerie alles zu entdecken, ihr ihre Freiheit zurückzugeben und ihr zu entfangen für immer.

Der Brief, den er ihr durch Hans zukommen ließ, war ruhig und kurz gehalten. Er klagte nicht darin, er jammerte nicht. Er hatte es über sich gebracht, durch kein Wort der Geliebten seine Verzweiflung zu verrathen, den langen, schrecklichen Kampf seines Herzens zu offenbaren. Er hatte ihr einfach die Thatsache mitgetheilt, daß man ihm den rechten Arm amputirt habe, daß er ein Krüppel sei, und daß damit all seine Lebenspläne vernichtet, all seine Hoffnungen auf Glück dahin geschwunden. Er gebe ihr ihr Wort zurück, sie sei frei. Den Ring, den sie ihm als Zeichen ihrer Treue gegeben, könne er ihr nicht zurückschicken, er sei mit seiner Hand begraben worden.

Acht Tage waren seit Absendung dieses Briefes verflossen, und nun schien für ihn alles vorüber. Valerie war ihm der Inbegriff alles Wünschenswerthen geworden, nun hatte er kein Ziel, keine Hoffnung mehr, er hatte auch keine Kraft mehr; und er kann nicht einmal arbeiten, nicht einmal im Schweife seines Angesichts Vergessenheit suchen für die Martern seiner Seele.

Es ist dunkel geworden in der kleinen Stube, die mit kahlen Wänden, dem häßlichen Mobiliar, so fremd, so trübselig ihn umgiebt. Er sitzt noch immer auf demselben

Stuhl, er steht vor sich hin und unterscheidet nichts mehr. Es ist so still, er hört nichts als den eigenen, leuchtenden Athem, der wie Souffler der gepreßten Brust sich entringt.

Er fühlt in dieser Minute die volle Pein seines Daseins und er fragt sich, ob er fortleben könne und müsse in diesem entsetzlichen Zustande, verstümmelt, ohne Ziel, ohne Hoffnung auf Glück — und er antwortete sich darauf mit „nein.“

Plötzlich erhebt er den Kopf — er hat Tritte gehört und Stimmen — sie nähern sich — er springt in die Höhe — er glaubt die eine zu erkennen — aber ehe er noch die Thüre erreicht, wird sie angerissen, ein heller Schein bringt herein und Wüst stürzt mit ausgebreiteten Armen und einem lauten Freudenruf ihm entgegen.

„Mein alter Junge, ich hab' Dich wieder! Du — Du —“ er kommt nicht weiter, er drückt ihn an sich, obwohl seine kurzen Arme kaum bis an die Schultern des sich herabbeugenden reichen, und er umfängt ihn mit leidenschaftlicher Bärtlichkeit. Sie weinen beide bei diesem Wiedersehen.

„Licht, mehr Licht will ich haben,“ ruft der kleine Mann dem Aufwarter zu, der mit ihm gekommen und eine angezündete Kerze auf den Tisch gestellt hatte. „Ich muß Dich doch betrachten, mein Junge, ich muß Dich sehen, was sie aus Dir gemacht haben.“ Aber als diesem Wunsche willfahrt worden, und als Wüst jetzt die Zerfahrungen inne ward, die diesen jungen, kräftigen Körper getroffen, da überkam ihn Schmerz und Wuth.

Er lief im Zimmer auf und nieder, und ballte die Fäuste und suchte mit den Armen in der Luft herum, er verwünschte in den heftigsten Ausdrücken den Krieg. Und inmitten dieser grimmigen Ausbrüche lief er wieder zu Stefan hin und küßte ihn und tastete in zärtlicher Fürsorge an ihm herum, behorchte ihn, befühlte seinen Puls und schluchzte wie ein Kind, um gleich darauf sich wieder seinem Borne zu überlassen. Der kleine Mann war tomiß und rührend zugleich anzusehen, aber er war außer sich, und Stefan mußte ihn schließlich selbst beruhigen und ihn trösten. Es gelang ihm auch. Das Geschehene konnte nun doch nicht ungeschehen gemacht

werden, und man mußte sich wohl oder übel darein ergeben. Der Professor saß jetzt neben Stefan auf dem kleinen Sopha, er hielt die Hand seines jungen Freundes in der seinen und streichelte sie, und fühlte dann zum soundsovielten Male wieder nach dem Pulse. Dabei erzählte er ihm, daß er schon seit zwei Tagen in Wien sei und Stefan sehnsüchtig erwartet habe, denn er müsse in einigen Tagen abreisen, da sein Eintreffen in London von dem Leiter der Expedition sehr gewünscht wird, umsomehr, da dieser selbst die Reise nach Rio de Janeiro im Oktober schon, also früher als vorher beabsichtigt war, anzutreten gedenke.

Er sagte ihm auch, daß er sein Werk über die Dürche vollendet und daß er bereits einen Verleger dafür gefunden, der ihm die Hälfte des Honorars sogleich ausbezahlt und sich kontraktlich verpflichtet, die andere Hälfte sofort nach dem Erscheinen des Werkes ausbezahlen.

„Ich habe also Geld, mein Junge,“ fügte er mit einem frohen Lächeln hinzu, „mehr als ich für den Augenblick brauche, und das ist ein Fall, der bisher bei mir noch nicht vorgekommen ist, Du kannst mir's glauben, aber darum will ich auch nicht knicken; bin ich einmal in Havre, brauche ich kein Geld mehr, von da an sorgt die Expedition für alle meine Bedürfnisse, ist das nicht herrlich? Ich sage Dir, ich komme mir sammt meinem Ueberfluß förmlich märchenhaft vor, na, ich bin nur froh, daß ich was auszugeben habe, namentlich um Deinetwillen.“

Er blickte seinen jungen Freund wie tröstend und ermunternd mit seinen kleinen Augen an. Er mochte einsehen, daß es vorhin thöricht war und grausam, dem Armen das Entsetzen zu offenbaren, das er über seinen jämmerlichen Zustand empfunden hatte, das mußte ihm denselben erst recht fühlbar machen. Hier war es die Aufgabe eines Freundes, ihn über seine Lage hinwegzutäuschen.

„Ja, Stefan,“ fuhr der Professor fort, „Du hast fleißig für mich gearbeitet und ich bin Dein großer

bahner-Gewerkschaft; fast alle Anwesenden ließen sich aufnehmen.

Aus Nah und Fern.

Ein Selbstmord aus Furcht vor Strafe. Aus *Rosstock* wird geschrieben: Am Freitag vor acht Tagen erschoss sich hier der 22jährige Student der Philosophie Hugo Neumann aus Schwerin aus zunächst unbekanntem Grund. Jetzt ist das Dunkel gelichtet. Vor etwa 1 1/2 Jahren hatte der hochbegabte junge Mann eine Broschüre verfaßt, in welcher er die heutige Gesellschaft in etwas freier Sprache behandelte. Die Broschüre erschien kürzlich in Breslau, fand aber auch bald das Interesse der dortigen Staatsanwaltschaft. Diese ließ sie konfiszieren, und wollte auch gegen den Verfasser vorgehen. Um nun den ihm drohenden Weiterungen aus dem Wege zu gehen, hat der junge Mann den Tod gesucht und gefunden. — Wenn Reber, der wegen Beleidigung durch die Presse in Untersuchung gezogen wird, deswegen Selbstmord begehen wollte, so würde, wie die „Volkzeitg.“ richtig bemerkt, die Selbstmordziffer bald ins Ungemessene steigen.

Unfall im Nordostkanal. Der Ewer „Johannes“, aus Hamburg kommend, wurde Montag Nachmittag von dem Dampfer „Mimi“ aus Kiel, der in Folge kurz vorher erlittenen Bruchs der Steuerkette manövrierunfähig geworden war, angerannt, leck gestossen und ist, nachdem er von der Besatzung verlassen war, im Kanal gesunken. Der Ewer liegt gegen 20 Meter vom Ufer aufrecht, so daß der Kanalverkehr nicht gestört ist. Die Bergungsarbeiten sind im Gange.

Der Kommerzienrath Baare in Bochum, Leiter des dortigen Gußstahlwerks, bekannt aus dem großen Schienenfließerprozeß, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Die Angelegenheit der Samoanerinnen im Passage-Panoptikum zu Berlin entwickelt sich immer wunderlicher. Neuerdings wird berichtet: Nachdem die entflohenen Mädchen bis auf zwei zurückgekehrt waren, sind in der Nacht zum Sonntag wiederum fünf verschwunden. Wohin sie sich gewandt haben, weiß man noch nicht. Den Beiden, die noch fehlten, ist man auf die Spur gekommen. Ihr Verschwinden hat, wie sich jetzt herausstellt, einen ganz anderen Grund als etwaige Mißhandlungen durch die Gebrüder Marquardt. Mit den jungen Samoanerinnen ist nämlich seit Mittwoch zugleich der 21 Jahre alte Techniker Alfred Schulte verschwunden, Sohn des Geschäftsführers der beiden Red'chen Kaffeehäuser. Der junge Schulte ging in Passage-Panoptikum aus und ein, besonders auch bei den Samoanerinnen, deren Sprache er mächtig ist. Er war fast jeden Tag stundenlang im Panoptikum in der Nähe der Mädchen, von denen er zwei besonders in sein Herz geschlossen hatte. Mit ihnen ist er am Mittwoch auch verschwunden. Eine Spur von den Verschwundenen weist nach Swinemünde. Der Vater des jungen Mannes und einer der Herren Marquardt sind am vorgestrigen Sonntag dorthin gefahren, um, wenn möglich, die Flüchtlinge nach Berlin zurückzuholen. Auch andere Berliner Jünglinge haben sich eifrig um die Günst der braunen Schönheiten bemüht. Den Gebrüdern Marquardt und dem Aufseher der Treppe war übrigens das Betreten des Panoptikums von Seiten der Direktion untersagt worden, erst nach dem abermaligen Verschwinden von fünf Mädchen haben sie wieder Zutritt erhalten, um die Ueberwachung von Neuem zu übernehmen.

Der Vegetarianismus als Ehescheidungsgrund. Am Landgericht München spielt gegenwärtig ein Ehescheidungsprozeß, der insofern merkwürdig ist, als der Mann sich im Laufe der Jahre zu einem fanatischen Vegetarianer

auswuchs. Die Frau war mit der ihr aufgedrungenen Pflanzkost nicht einverstanden, woraus Differenzen erwuchsen, die schließlich in Keilerei ausarteten und nun ihren Abschluß vor dem Zivilrichter finden werden. „Nothkräft“ als Ehescheidungsgrund. Das dürfte gewiß „neu“ sein.

Nur immer schneidig. Ein Mezzotintist fuhr dieser Tage in Zürich auf dem Tram, und da es recht warm machte, hatte er einige Knöpfe seines Waffengewandes aufgeschlüsselt. Das ärgerte einen Wachtmeister, der sich ebenfalls unter den Passagieren befand und er fuhr den Mezzotintisten ob seiner unwillkürlichen Erscheinung barsch an, behielt aber dabei seine Cigarre im Mund. Da mischte sich ein Dritter ein, der, an den Wachtmeister sich wendend, sagte: „Bevor Sie hier kommandieren, nehmen Sie die Cigarre aus dem Mund!“ und zum Mezzotintisten gewandt: „Wenn der Herr Wachtmeister einen Rapport gegen Sie machen sollte, so berufen Sie sich auf mich als Zeuge, ich bin der Major S.“ — „Reichte bloß noch der Oberst, der die unzulässige Disziplinierung eines Vorgesetzten im Beisein eines ihm Untergebenen gerüffelt hätte,“ bemerkt dazu die Züricher Post.

Ein nettes Gesichtchen wird aus einem Gebirgsdorf Untersteiermark berichtet: Fanden sich da kürzlich im Gasthause zwei geistliche Herren (Kapläne) zum Abendtrunk ein. Dieser muß rasch seine Wirkung gethan haben, denn alsbald begannen die Friedensverklünder einen heftigen Streit, der sich um nichts Geringeres drehte, als um des Herrn Pfarrers schöne Nichte. Nachdem eine Zeitlang heftig erbitterte Worte hin und her geflogen, hörte man den Schall von Ohrfeigen, und als die beiden geistlichen Herren an die Luft gesetzt wurden, besaß einer bereits eine geschwollene Wacke und ein blaues Auge. Draußen in der Dunkelheit fand noch eine Fortsetzung dieses Eifersuchtsdramas statt — genug, man erzählte sich in Dorfe nächsten Tages, ein barmherziger Samariter habe einen geistlichen Herrn im nahen Walde aufgefunden. Die beiden streitbaren Friedensapostel sind übrigens der Bevölkerung Untersteiermarks schon ziemlich bekannt. Der Eine, ein eifriger Prediger christlicher Nächstenliebe, hat an seine Zimmerthür (wahrscheinlich in trunkenem Zustande) die Worte geschrieben: „Hunden und Deutschen ist der Eintritt in meine Stube verboten.“ Den Zweiten, der als besonders „rabiat“ gilt, hat man aus Bühnen verschrieben, um der Landbevölkerung ein leuchtendes Beispiel zu sein, unter der Kaufhändler und Töbtschlag zu den Sonntagvergnügungen gehören.

Durch eine Reihe von Francmorden ist in der letzten Zeit die Stadt New-York in Schrecken versetzt worden. Die Opfer trugen sämmtlich Juwelen, so daß kein Zweifel besteht, daß Raubmorde vorliegen. Die Verbrecher folgten den Frauen in ihre Zimmer, wo sie sie mit einem kurzen Strick erbrockelten. Die Morde sind in verschiedenen Theilen der Stadt verübt worden. Freitag Morgen erscholl das Geschrei einer Frau aus dem oberen Stockwerk eines billigen Logirhauses. Einer der Vorübergehenden hörte es und stand still, als plötzlich das Fenster eingeschlagen wurde und der Ruf „Mord“ erscholl. Bald nachher stürzten zwei Männer aus der Eingangsthüre des Hauses und flohen nach verschiedenen Richtungen. Einer wurde von einem Polizisten angehalten und der andere wurde auch bald verhaftet. Als die Polizei in das Zimmer der Frau drang, fand sie eine Flasche Chloroform neben dem Bette stehen und auf dem Fußboden den kurzen, zu eigenartigem Knoten gedrehten Strick liegen, der auch bei früheren Frauenmorden angewandt worden war. Die Frau war sehr stark und konnte sich deshalb ihrer Mörder erwehren, bis ihre Hilferufe sie wegscheuchten. Die Verhafteten erzählten ver-

schiedene Geschichten. Der Polizei sind sie als berüchtigte Gesellen bekannt.

Ein werthvoller Schweinemagen. Dem „British Medical Journal“ wird von seinem Pariser Korrespondenten gemeldet, daß man neulich in dem Magen eines Schweines, welches unmitttelbar, nachdem es auf dem Markte gekauft war, geschlachtet wurde, zwei Hundertfranknoten, in einer Metallscheide eingeschlossen, fand. Die Banknoten waren in einem vollkommen reinlichen Zustande und nur das sie einschließende Metall war durch den Magensaft schwach oxydirt.

Ueber Wundfieber bei Pflanzen hat S. M. Richards kürzlich in den *Annals of Botany* eine längere Experimentalforschung veröffentlicht. Er fand, daß nach einer Verwundung der Pflanze eine erhöhte Respirationsthätigkeit eintritt, die von einer Temperaturerhöhung des verletzten Pflanzentheiles begleitet ist. Es tritt ein Fieber ein, das einen ganz bestimmten Verlauf nimmt und seinen Höhepunkt etwa 24 Stunden nach der Verletzung erreicht. Es ist interessant, zu bemerken, daß der Versuch eine Verwundung zu heilen, bei Pflanzen und Thieren von ganz gleichen Erscheinungen, erhöhter Athmung und Temperatur begleitet ist. Entsprechend der Natur des Objektes ist die Reaktion bei den Pflanzen weniger augenfällig als bei den Thieren und es bedurfte eines feinen Thermometers, um die Temperatursteigerung genau zu messen. Aber im Vergleich mit der gewöhnlichen Temperatur der Pflanzen im Verhältnis zu der umgebenden Luft ist die Temperatursteigerung nach einer Verletzung bei den Pflanzen eben so groß, wenn nicht größer als bei Thieren. Das Maximum betrug bei allen untersuchten Pflanzen zwei bis dreimal so viel wie die gewöhnliche Differenz zwischen der Temperatur der Pflanze und der sie umgebenden Luft. Bei Pflanzentheilen mit massigen Geweben, wie bei Kartoffeln und Madieschen, war die Wirkung der Verletzung mehr lokaler Natur, während bei dünneren Geweben, wie bei Zwiebelblättern, ein größerer Theil des benachbarten Gewebes in Mit-Leidenschaft gezogen wurde.

Eine wunderthätige Pflanze, wie kaum eine andere ist im Volksmunde der bekannte Bärlapp (*Lycopodium clavatum* Linn.). Abgesehen von dem trivialen Gebrauch, den dieses Gewächs in den Berrichtungen des täglichen Lebens findet, z. B. in Krain zum Backofenschauern, in Schweden zu Fußbetten verarbeitet und zum Reinigen von Schuhen — abgesehen davon also ist der Bärlapp in vielen Ländern eine hochgeachtete Pflanze. Als Heilmittel wird er sehr vielfach benutzt; in Rußland, Galizien und Ungarn gilt ein Extrakt von Bärlapp als ein Heilmittel gegen Wasserscheu, sehr verbreitet ist die Anwendung des pulverisirten Samens als Kindermilch oder Streupulver zum Bestreuen wunder Hautstellen bei kleinen Kindern; im Volke heißen die Samen vielfach Streu- oder Moospulver, Blutpulver oder auch mit Mäcksicht auf seine geheimnißvolle Heilkraft Hezen- oder Drubenmehl. Ganz besonders ist der Bärlapp aber als Zauberpflanze geschätzt. Seine Wärschel wurden früher und werden wohl auch jetzt noch zuweilen an die Thüren der Ställe genagelt um die Hezen zu bannen, daher der Name Dudenkraut. Ferner hängt man die Stengel zu einem Kranze gewunden im Schlafzimmer auf, aus welchem Gebrauch der Name „Unruhe“ stammt, wegen des leichten Hin- und Herschwanfens eines solchen Kranzes. Endlich trug man das Grün der Pflanze am Gürtel, und dieser Gebrauch hat derselben den Namen Gürtelkraut gegeben. Die Namen sind damit noch nicht erschöpft, wir können noch hinzufügen Schlangenmoos, Teufelskraut, Johanniskraut u. s. w. Schon diese Vielzahl der Namen deutet darauf, welche große Rolle diese Pflanze in dem Gemüthsleben des Volkes ehemals gespielt hat.

Schuldner, ich freue mich, daß ich Dir nun einen Theil davon zurückzahlen kann.“

Stefan veruckte zu lächeln. Er dachte in dem Augenblick, daß selbst diese großmüthige Unterstützung an seinem traurigen Loos nichts ändern würde, aber er hütete sich, dies auszusprechen.

„Dank, lieber guter Professor“, sagte er, „vor der Hand bin ich selbst ein vermögander Mann; die Mühle, die Grundstücke sind verkauft, ich trage mein Kapital in der Tasche.“

„Da sind wir also beide Rabobs“, scherzte Wüst, „und meiner Treu, wir wollen uns auch darnach geben.“

Er sprang auf und zog die Klingel.

Der Aufwärter erschien, und Wüst bestellte ein feines Souper und zwei Flaschen von dem besten Oesterreicher. Bald war dasselbe servirt.

Der Professor schickte den Kellner fort; er bediente selbst, schnitt Stefan das Fleisch und brach ihm das Brod, und der Mann, der, sobald es seine eigene Person betraf, so unachtsam und ungeschickt war, der zeigte nun eine aufmerksame Fürsorge, eine liebevolle Zartheit, wie nur eine Mutter für ihr Kind sie haben konnte. Dabei vergaß er aber nicht auch sich, er schenkte sich selbst fleißig ein und auch Stefan mußte trinken und erzählen. Stefans Briefe waren noch nicht ausführlich genug gewesen, und der Professor wollte Alles wissen.

Der Marsch, den Schlachttag, und wie er verwundet auf dem Schlachtfelde lag, alles dies berichtete Stefan nun mit Lebendigkeit und einer fast grausigen Anschaulichkeit. Die kleinsten Details waren in seinem Gedächtniß wie festgebannt. Der Professor legte ihm den Arm um den Hals und strich beruhigend über die eingefallenen Wangen.

„Nun, das ist vorüber, mein Kind; und nun höre den Vorschlag, den ich Dir machen will. Du sollst mit mir gehen, ich denke es wäre das Beste. Verlasse Oesterreich, verlasse Europa, bleibe an meiner Seite Stefan, in den Urwäldern Brasiliens wirst Du Dich erholen, Deine Leiden vergessen.“

Stefan schüttelte leise den Kopf. „Das geht wohl nimmermehr. Eine solche Forschungsreise stellt ungeheure Anforderungen an alle geistigen, vielleicht noch mehr an die physischen Kräfte eines Menschen. Es gehört ein ganzer Mann dazu, um sie mit Erfolg zu bestehen, um sie mit einigem Nutzen auszubenten. Was sollte ich dabei thun, Professor, ich, ein kranker, verkrüppelter Bursche, ich, nur noch ein halber Mensch? Ich wäre Ihnen ja nur eine Last, eine beständige Sorge, und wenn ich mich noch so anstrenge, es liegt nicht mehr in meiner Macht, Ihnen zu nützen.“

„Ach was, nützen!“ rief der Professor, ihm einen gutmüthigen Klapz gebend. „Du sollst Dich erholen; nicht als mein Gehülfe, als mein Freund sollst Du mich begleiten.“

„Ich wäre Ihr ärgster Feind, wenn ich Ihren großmüthigen Antrag annehmen würde. Ich würde Ihnen Geld kosten, denn für den ungebeten Genossen wird die Expedition keineswegs die Kosten tragen.“

„Nun, Geld haben wir ja; erinnere Dich nur, mein Bursche, mein Honorar.“

„Das würde noch nicht ausreichen, Professor, außerdem wäre ich Ihnen aber ein beständiges Hinderniß, eine Sorge, mir selbst aber ein Vorwurf und eine Qual.“

So sprachen sie hin und her. Der Professor meinte es gut, er hatte gedacht, so lange er über Stefan wachte, wäre er vor jedem Uebel geächtet, aber er mußte jetzt

nach reiflicher Erwägung doch zugeben, daß Stefan recht hatte, und daß es überdies ihm nicht einmal eine Wohlthat erzeigen hieß, wenn er den noch Leidenden, Herabgekommenen den Strapazen einer langen Seereise und den noch größeren von Landreisen an den unbekanntem Ufern der großen Ströme im Innern Brasiliens aussetzte, wo das gelbe Fieber selbst kräftige Konstitutionen anfällt und zahlreiche Opfer fordert.

„Aber wenn Du hier bleiben willst, wo bringen wir Dich unter, Stefan?“ sagte er einigermassen besorgt. „Ich muß die Berufigung haben, ehe ich reise, Dich in einem Dir zusagenden Berufe und, für die Zeit meiner Abwesenheit wenigstens, wohl versorgt zu wissen. Nun, hast Du schon darüber nachgedacht, welchem Fache willst Du Dich zuwenden?“

(Folterung folgt.)

Literarisches.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist uns joesen die Nr. 10 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Aufzug! — Warum ist für die Arbeiterinnen die gewerkschaftliche Organisation besonders nöthig? — Kritische Bemerkungen zu Genosin Brauns Vorschlag. VII. Von Marie Greifenberg. — Aus der Bewegung. — Warum kann die Frauenbewegung nicht unabhängig bleiben? Von Lily Braun. — Frauen im Betriebe der preussischen Staatsbahnenverwaltung. Von P. H. — Feuilleton: Gebatter Tod. Von Henrik Pontoppidan. — Arbeitslos. (Gedicht.) Von Ida Negri. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 2902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.